

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2. — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Genua- und Rheingebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenklänge“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 25. Juli 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direction der Distanz-Gesellschaft, Depotkassafache Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Rowardville-zeile 0,70 Goldmark, Reklameweile 1. — Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 0,20 Goldmark (auflöschbar zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengelder das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar verteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Noch 14 Tage Konferenz.

Davon 3 Tage mit den Deutschen.

London, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommission der Londoner Konferenz, mit Ausnahme der ersten Kommission, lehnten am Donnerstag ihre Arbeiten fort. Auch die Hauptdelegierten hielten unter dem Vorsitz Macdonalds eine Besprechung ab, die hauptsächlich der Sicherung der Anleihe und infolgedessen gleichzeitig der Regelung der Sanktionsfrage galt.

Die Einladung Deutschlands wird nach der Bildung einer juristischen Kommission durch die Vollkonferenz bereits als gesichert betrachtet. Die deutsche Reichsregierung soll durch den englischen Vertreter in Berlin in diesem Sinne schon informiert sein. Offiziell wird die Einladung jedoch erst erfolgen, wenn der Zwischenausschuss an die Vollkonferenz seinen Bericht erstattet hat. Diese Sitzung dürfte kaum noch in dieser Woche stattfinden. Eine Einladung Deutschlands kommt also wahrscheinlich erst für Donnerstag oder Freitag in Frage. Die Beratungen der Londoner Konferenz werden insgesamt noch fast 14 Tage in Anspruch nehmen. In London rechnet man damit, daß die Verhandlungen mit Deutschland innerhalb drei Tagen beendet werden können.

Paris, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Aussprache am Donnerstag morgen zwischen den vier Delegationschefs bei Ramsay MacDonald soll ausschließlich der Frage gegolten haben, in welcher Form die Einladung an Deutschland zu erfolgen habe. Es geht daraus hervor, daß nicht nur die Einladung, obwohl die Juristen ihr Gutachten noch nicht erliefert haben, beschlossene Sache ist, sondern daß man auch innerhalb der Konferenzkreise trotz der bestehenden Gegensätze nicht an dem Zustandekommen einer Einigung zweifelt. Hier verleiht, daß die französische Delegation bereit sei, die von Theunis vorgeschlagene Kompromißformel über die Feststellung deutscher Verfehlungen unter der Bedingung anzunehmen, die wenigstens den konstitutiven Charakter dieser Kommission festlegt und den § 4 der ursprünglichen Vereinbarung mit seiner akademischen Anerkennung der den einzelnen Mächten aus dem Friedensvertrag zustehenden Rechte aufrechterhält.

Noch keine Verständigung.

London, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das offizielle Kommuniqué vom Donnerstag besagt nichts über die Arbeit in den Ausschüssen. Es erklärt, daß es noch ganz unmöglich sei, festzustellen, welche Fortschritte die Verhandlungen zwischen den Konferenzmitgliedern und den Bankenvetretern gemacht haben. Es könne lediglich gesagt werden, daß man in den Konferenzkreisen weiterhin das Vertrauen hat, daß eine Verständigung, die die 800-Millionen-Anleihe möglich macht, erreicht werden wird. Am Freitag treten die Ausschüsse erneut zusammen; wahrscheinlich werde die nächste Vollversammlung erst in der nächsten Woche stattfinden.

Die Franzosen versteifen sich in ihrem Widerstand, über das Kompromiß der ersten Kommission hinauszugehen. Herriot, über seine Stellung zu dem weitergehenden Vorschlag des belgischen Ministerpräsidenten befragt, erklärte nach dem „Manchester Guardian“, er würde diese Formel annehmen, wenn sie Frieden und Ausgleich bringen würde. Die Folge aber würde sein, daß Poincaré Ministerpräsident würde. Diese Erklärung Herriots ist nicht ohne Eindruck auf die englischen Bankiers geblieben, zumal die britische Stellung auf der Konferenz in diesem Augenblick so ist, daß die

britische Regierung an der Nachgiebigkeit der Bankiers ein Interesse

hat, da die Vertreter Morgans den französischen Argumenten gegenüber unzugänglich sind. Deshalb verdient besonderes Interesse die Andeutung des „Daily Telegraph“, wonach das Geld für die Anleihe unter Umständen von einer anderen amerikanischen Finanzgruppe aufgebracht werde, der die Sicherung des Kompromisses genüge. In diesem Zusammenhang wird der Name Ford genannt. Damit soll offenbar ein Druck auf die Morgangruppe ausgeübt werden. Immerhin ist die Möglichkeit gegeben, daß zur Fortsetzung des Zinsendienstes der Anleihe insbesondere die am Mittwoch in die Debatte geworfene Frage der Verständigung deutscher Sezession, die französischen territorialen Sanktionen unzugänglich sind, eine Einigung zwischen den Alliierten und den Bankiers herbeiführen kann. Denn es bleibt zu beachten, daß Macdonalds Interesse an dem Gelingen der Konferenz selbst um den Preis großer Konzessionen an den französischen Standpunkt ausschlaggebend sein kann.

Die Pariser Kritik an Herriot.

Paris, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Kritik an Herriots Haltung in London nimmt in den Blättern von Tag zu Tag schärfere Formen an. Man versteht es in den Kreisen der Mehrheit des 11. Mai nicht, daß Herriot, der in seiner Programmrede die Politik Poincarés aufs entschiedenste verurteilt und abgelehnt hat, heute in London durch sein Festhalten an den nach seinem eigenen Bekenntnis praktisch wertlosen und leeren Formeln und äußeren Argumenten seines Vorgängers das Gelingen der Konferenz in Frage stellt.

Der „Paris Soir“ schreibt: So bedauerlich die Brutalität sei, mit der man Frankreich behandelt, so dürfte man doch

nicht verkennen, daß Frankreich die bitteren Früchte seiner Ruhepolitik ernte.

Er sei nicht die Loyalität Herriots, an der man in London zweifle, sondern man wolle nach den Erfahrungen der Vergangenheit Garantien für die Zukunft haben. In den Blättern der Rechten wird neben der internationalen Finanz vor allem die englische Politik, der man mangelnde Unterstützung der französischen Sache zum Vorwurf macht, scharf angegriffen. Immerhin ist es für die Mentalität selbst dieser Kreise charakteristisch, wenn ein so ultranationalistisches Blatt wie die „Liberte“ am Donnerstag den Nachweis zu führen sucht, daß es sich bei dem französischen Anspruch auf Wahrung seines Rechts zu Sonderaktionen um eine rein theoretische Prinzipienfrage handle, da kein Mensch in Frankreich ernstlich daran denke, sich ihrer jemals zu bedienen. Der „Temps“ lehnt es ab, die Situation als kritisch anzusehen und erwartet, daß eine Lösung gefunden werde. Im Grunde handle es sich nicht um die Frage der Sanktionen, sondern um die Sicherung des Friedens, und diese könne am einfachsten erreicht werden, wenn die Konferenz, gleichviel in welcher diplomatischen Form, ein Protokoll unterzeichne, in dem sich sämtliche beteiligten Mächte, besonders England, Frankreich und Deutschland, verpflichten, nichts zu tun, was den Frieden stören oder auch nur gefährden könne.

Der Druck Amerikas.

London, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Verlauf der Besprechungen des amerikanischen Staatssekretärs Hughes mit englischen Bankiers hat er, wie durchaus zuverlässig verlautet, darauf verwiesen, daß Amerika an den europäischen Schulden und an der Festigung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Europas stark interessiert sei und deshalb sein Möglichstes zur Regelung dieser Angelegenheit tun werde. Ferner soll Hughes betont haben, daß eine pünktige Regelung der französischen Schulden an Amerika zu erwarten sei, wenn Frankreich den Ansichten der amerikanischen Bankiers Rechnung trage. Der belgische Ministerpräsident habe diese Erklärungen am Donnerstag zum Anlaß einer eingehenden Besprechung über die Sanktionsfrage mit Herriot genommen.

Sie wollen schon umfallen!

Man soll es bloß nicht sagen...

Die „Kreuz-Zeitung“ ist, wie übrigens die ganze deutsch-nationale Parteipresse, in eine tödliche Verlegenheit geraten, weil die ganze politische Welt die „sieben Punkte“ der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion als das auffaßt, was sie sind und bezwecken: die Vorbereitung zum Umfall. In zwei furchtbar gewundenen Artikeln verjudet sie diese Tatsache zu verschleiern. In dem einen Aufsatz erklärt sie, man verstehe es eben bei uns nicht, „eine Oppositionspartei außenpolitisch nutzbar zu machen!“ Ihre sieben Punkte, ihre Forderung nach einer außenpolitischen Reichstagsdebatte, in der die Tirpitzianer große Töne über Schuldfrage und Londoner Konferenz reden wollen, das alles sollte eigentlich nur dazu dienen, Macdonald und den Bankiers den Rücken zu stärken, und damit die Position der Reichsregierung bei den kommenden Verhandlungen in London zu verbessern!

Der gleiche Faden wird unmittelbar hinter dem Leitartikel in einem zweiten, noch hilfloseren Aufsatz gesponnen. Da wird kurzerhand erklärt, die Anweisung der Ehrlichkeit der deutsch-nationalen „sieben Punkte“ sei nichts anderes als Landesverrat! Landesverrat! begehrt man durch Nachrichten, die vor dem Ausland im Landesinteresse geheim zu halten sind. Eine solche Nachricht ist nach Meinung der „Kreuz-Zeitung“ die vom bevorstehenden Umfall der Deutschen.

Die „Kreuz-Zeitung“ fragt uns treuherzig, wie denn die deutsch-nationale Opposition gegen das Gutachten anders hätte geführt werden können, um wirksamer zu sein. Für die Beantwortung dieser mehr heuchlerisch als naiven Frage überlassen wir dem all-deutschen Justizrat Clah den Vorrang, der in der „Deutschen Zeitung“ selbst den Kampf der Tirpitz-Hergt-Fraktion gegen das Gutachten als „nicht ernst gemeint“ bezeichnet hat.

Somit hat, nebenbei bemerkt, auch Justizrat Clah sich des Landesverrates schuldig gemacht! Hoffentlich richtet die „Kreuz-Zeitung“ an den Oberreichsanwalt eine Anzeige nicht nur gegen uns, sondern auch gegen ihn.

Resigniert erklärt die „Kreuz-Zeitung“, der Lüge und Verleumdung, daß die deutsch-nationale Fraktion es nicht ernst meine, werde doch kein Ende gemacht werden. Diese „Lüge und Verleumdung“ wird aber durch das hilflose Bestammel der „Kreuz-Zeitung“ erst recht bestätigt, denn, indem das Blatt die „sieben Punkte“ der Deutsch-nationalen so hinstellt, als dienten sie in Wirklichkeit nur dazu, die Position der deutschen Regierung zu stärken, gibt es selbst zu, daß sie nur ein taktisches Manöver darstellen.

Ansonsten: Ueber die Behauptung, Macdonald und den Bankiers werde durch die deutsch-nationale „Opposition“ der Rücken gestärkt, ersinden die Hühner vor Bächen.

Nochmals: Der Steuerstandal.

Von Paul Herh.

Auf meine gestrigen Darlegungen bringt das Reichsfinanzministerium eine Entgegnung, in der es nach einer eitleitenden Darstellung des Sachverhalts heißt:

Dr. Herh beziffert den Goldwert der Einzahlungen auf die Landabgabe auf etwa 42 Millionen G.M. Dieser Betrag würde sich bei einer Umrechnung der Einzahlungen nach dem monatlichen Dollardurchschnittskurs etwa ergeben. Er ist aber zweifellos viel niedriger. Denn bei weitem die meisten Beträge an Landabgabe sind mit Rücksicht darauf, daß die Steuer an jedem Monatsersten (ohne Schonfrist) fällig wurde, in den ersten Tagen des jeweiligen Monats eingegangen. Die Umrechnung nach dem monatlichen Dollardurchschnittskurs der ersten fünfzehn Tage der Monate zugrunde, so würde sich für die Einzahlungen ein Goldwert von etwa 109 Millionen G.M. ergeben. Manche Beträge sind allerdings auch verspätet erst in den letzten Tagen eines jeden Monats eingezahlt worden. Mit Sicherheit kann aber angenommen werden, daß der Goldwert der Einzahlungen an Landabgabe im Rechnungsjahr 1923 mehr als 80 Millionen G.M. betragen hat.

Der Erhebungszeitraum der Landabgabe war ursprünglich auf sechs Monate vorgesehen, wurde aber später mit Rücksicht auf die in der zweiten Steuernotverordnung bestimmte erhebliche neue Belastung der Steuerpflichtigen durch Goldsteuern auf vier Monate beschränkt. Durch die Abkürzung des Erhebungszeitraums sind die für den fünften und sechsten Monat geleisteten Vorauszahlungen Ueberzahlungen geworden. Diese Ueberzahlungen sind nach der zweiten Steuernotverordnung auf die Vermögenssteuer 1924 anzurechnen und nur, soweit sie die Vermögenssteuer 1924 übersteigen, bar herauszuzahlen. Die Fälle, in denen die Landabgabeüberzahlung eines der Vermögenssteuer unterliegenden Steuerpflichtigen den Jahresbetrag seiner Vermögenssteuer 1924 übersteigt, sind — wenn sie überhaupt vorgekommen sein sollten — äußerst selten. Grundtätiglich kommen vielmehr für die Landabgabeüberzahlungen nur Anrechnungen auf die Vermögenssteuer 1924 in Betracht. Diese Anrechnung wird faktisch in der Weise behandelt, daß der Betrag der Ueberzahlung von dem Landabgabekonto des Pflichtigen abgebucht und auf das Vermögenssteuerkonto übertragen wird. In entsprechender Weise werden die Anrechnungen auch in den monatlichen Einnahmeübersichten des Reichs als Erstattungen auf die Landabgabe und gleichzeitig als Einzahlungen auf die Vermögenssteuer nachgewiesen. Es sind daher nicht etwa wie der Abg. Dr. Herh ausführt, 20 Millionen Goldmark angerechnet und außerdem weitere 22 Millionen Goldmark bar erstattet worden. Es sind vielmehr insgesamt lediglich etwa 22 Millionen Goldmark von dem Aufkommen an Landabgabe abgegangen, so daß das Nettoaufkommen an Landabgabe (80 minus 22 Millionen Goldmark) also rund 60 Millionen Goldmark beträgt.

Meine Befürchtung, daß außer den in den Radymowungen aufgeführten 22 Millionen noch weitere 20 Millionen Goldmark auf die Vermögenssteuer angerechnet worden sind, ist demnach unbegründet. Ich freue mich darüber. Das Reichsfinanzministerium gibt damit eine Aufklärung, die aus den Monatsausweisen bisher nicht zu entnehmen war, und die schon längst hätte gegeben werden müssen. Leider hat das Reichsfinanzministerium meine grundsätzlichen Behauptungen in keiner Weise zu erschüttern vermocht.

Die Gegenbehauptungen des Reichsfinanzministeriums laufen darauf hinaus, der von mir errechnete Gesamtertrag der Landabgabe von 42 Millionen Goldmark sei zu gering, man müsse vielmehr mit einem Gesamtaufkommen von 80 Millionen Goldmark rechnen. Die Begründung ist gelinde gesagt, von einer Oberflächlichkeit, die ich dem Finanzministerium bisher nicht zugetraut habe.

1. Es ist unrichtig, daß für die Landabgabe eine Schonfrist nicht bestand. Nach § 25 der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Besteuerung der Betriebe vom 23. August 1923 ist ausdrücklich eine Schonfrist von einer Woche eingeräumt. War ist nicht bekannt geworden, daß diese Bestimmung später aufgehoben worden sei, jedenfalls nicht in den entscheidenden Monaten August bis Oktober. Praktisch war also die Abgabe nicht am 1. jedes Monats, sondern erst am 7. fällig.

2. Aber um die Schonfrist kümmerte sich kein Mensch. Der ganze Monat war ja eine einzige Schonfrist. Denn was konnte demjenigen passieren, der verspätet zahlte? Die gefürchteten halbmönatlichen Geldentwertungszuschläge galten für die Landabgabe nicht, sondern der säumige Zahler hatte hier nur den Goldbetrag seiner Steuerschuld mit 5 Proz. zu verzinsen! Er zahlte diese Zinsen also von dem „Goldbetrag“ seiner Steuer, der tatsächlich nur ein Fünftel des wahren Goldbetrags ausmachte. In Wirklichkeit wurde so ein Mann also mit einer Verzinsung von 1 Proz. jährlich bestraft! Kein Wunder, daß ihn das nicht zur Eile reizen konnte. Und wenn er dann endlich zahlte, nicht aus Sorge vor der drückenden Zinsenlast, sondern aus Sorge darüber, die fünfjährige Konjunktur der wöchentlichen bzw. halbwöchentlichen Umrechnungsfälle nicht zu übergehen, dann zahlte er abermals nur den „Goldbetrag“ auf Grund des Umrechnungsschlages, der mit dem Fortschreiten der Wertentwertung monatelang noch weniger als ein Fünftel des gefällig

geschuldeten Steuerbeitrags geworden war. Will das Reichsfinanzministerium gegenüber diesem Tatbestand behaupten, die Landabgabe sei wirklich zu Anfang des Monats eingezogen und nicht erst gegen Ende?

3. Aber der Steuerzahler braucht ja gar nicht den Weg offener Steuerbeiträge zu gehen, obgleich der Reichslandbund diesen Weg seinen Angehörigen mehrmals angeraten hat. Es gab ja noch andere Mittel, den größten Teil seiner Steuerlast durch die Geldentwertung loszuwerden, z. B. die Zahlung durch unbefähigten Scheck. Nach dem Erlaß des Reichsfinanzministers vom 10. Oktober 1923 galt auch bei unbefähigten Schecks der Tag des Eingangs bei der Finanzkasse als Tag der Zahlung. Das hatten die Landwirte sehr bald herausgefunden. Sie zahlten mit unbefähigten Schecks, die sich dann, wenn sie die Finanzkasse zur Einlösung präsentierten, als nicht gedeckt erwiesen. Dann erst sorgte der Agrarier ganz gemächlich für Deckung. Die Finanzkasse war machtlos. Und so war es Regel, daß die Gutschrift auf das Konto der Finanzkasse etwa 14 Tage nach Ablieferung des Schecks erfolgte. Was das bei der damaligen Geldentwertung bedeutete, braucht nicht gesagt zu werden. Will also das Reichsfinanzministerium behaupten, die Landabgabe hätte in der ersten Hälfte des Monats gezahlt werden müssen, während sie nur die Dummen in dieser Zeit gezahlt haben?

4. Aber dem Finanzministerium ist noch ein anderer Irrtum unterlaufen. Seine Entgegnung übersieht völlig, daß es sich bei den Zahlungen auf die Landabgabe in den fraglichen Monaten August bis Oktober um zwei Arten handelte:

- a) um die regulären Zahlungen für diese Monate,
- b) um die Vorauszahlungen für die Monate November bis Februar.

Nur die regulären Zahlungen für August, September, Oktober waren an die gesetzlichen Zahlungsfristen gebunden. Für die Vorauszahlungen, die noch gar nicht fällig waren, gab es natürlich auch keine bindenden Fälligkeitsstermine. Wer also seine Landabgabe im Voraus zahlen wollte, suchte den Zeitpunkt dafür aus, der ihm am günstigsten schien, und das ist ja der Kern meiner Behauptung, es war eine glatte Spekulation, die damals mit der Landabgabe getrieben wurde.

Gegenüber diesem vierfachen Beweis wird das Reichsfinanzministerium seine Behauptung, für die Umrechnung auf Gold dürften nicht die Monatsdurchschnittskurse gewählt werden, nicht aufrechterhalten können. Es bleibt also dabei, daß der Gesamtertrag der Landabgabe nicht 80, sondern nur 42 Goldmillionen beträgt. Daß diese Berechnung die einzig richtige ist, ergibt auch ein Ueberblick über das Aufkommen der Landabgabe in den einzelnen Monaten. Ueber den Monatsdurchschnittskurs des Dollar berechnet, betrug dieses im

August 1923	6 078 800 Goldmark
September	18 897 000
Oktober	8 508 800
November	5 075 400
Dezember	6 200 800
Januar 1924	1 722 200
Februar	40 700
Insgesamt	41 586 700 Goldmark

Das Anschwellen des Ertrages im Monat September auf mehr als das Dreifache des Durchschnittsertrages der übrigen Monate kennzeichnet ihn ohne weiteres als Hauptspekulationsmonat. Schätzt man unter Hinzunahme der Monate August und Oktober den Anteil der Vorausleistungen der Abgabe an dem Gesamtaufkommen dieser drei Monate auf nur 15 Millionen Goldmark, so ergibt sich eine Spekulation von riesenhaftem Ausmaß. Denn mit diesem Betrage deckten die eifrigen Vorauszahler eine Steuerlast etwa in Höhe des Fünffachen, also von 75 Goldmillionen, ab. Will das Reichsfinanzministerium den Goldverfall der Monate August bis Oktober noch höher ansetzen, um dieses Spekulationsgeschäft noch riesenhafter zu machen? Das wird es ebenso wenig wollen, wie es seinen Staatssekretär Zappf wird Uigen strafen können, der am 21. Juli im Hauptauschuß in einer Polemik mit mir den Ertrag der Landabgabe selbst auf 40 bis 44 Goldmillionen angegeben hat!

Ist somit die Entgegnung des Reichsfinanzministeriums in diesem Punkte völlig unzureichend, so richtet sich das doch alles nur gegen einen Nebenpunkt. Meine Darstellung wendet sich nicht so sehr dagegen, daß 100 oder 50 oder 30 Proz. der Landabgabe zurückgezahlt worden sind, sondern darauf, daß hier

1. „Erstattungen“ bzw. „Anrechnungen“ auf „Ueberzahlungen“ erfolgen, die eine Spekulation darstellten, bei dem das Reich um Vierfünftel seiner Steueransprüche gerettet wurde und daß

2. diese Rückzahlungen nach unerbört übersteigerten Umrechnungssätzen erfolgten, so daß die Ueberzahler ihre überzahlten Beträge in vielfacher Höhe zurückgezahlt erhalten haben.

Auf beide Punkte hat das Reichsfinanzministerium nicht ein Wort der Widerlegung gefunden. An dem Spekulationscharakter der Ueberzahlungen geht es schweigend vorüber. Will das Reichsfinanzministerium vielleicht unterstellen, die Landwirtschaft, die gerade die Landabgabe mit einer wütenden Heße bekämpft hat, hätte aus Patriotismus dem Reich die Steuerzahlungen für Januar und Februar schon ein halbes Jahr früher zur Verfügung gestellt? Nichts davon, reine Spekulation, geschäftsmäßige Ausnutzung einer Steuerkonjunktur hat die Landwirtschaft zu diesen Ueberzahlungen gereizt. Und solche rein spekulativen Steuerzahlungen macht man zur Grundlage von Erstattungen! Das ist ungefähr so, als wenn ein Börsenspekulant Aktien kauft in der Hoffnung, darauf bald junge Aktien zu bekommen. Er spekuliert damit falsch und verlangt nun Erstattung des „überzahlten“ Kaufpreises. Einzwischen mögen diese Bemerkungen genügen. Mag auch das Finanzministerium stolz darauf sein, daß es „lediglich“ 22 Millionen Goldmark sind, die es den Großagrariern geschenkt hat, die Auffassung der ehrlich ihre Steuern entrichtenden Bevölkerungskreise ist eine andere.

Die Zollpropaganda der Großagrariere.

Eine Kundgebung des Deutschen Landwirtschaftsrates.

Zu den bekannten Zollforderungen der Großlandwirtschaft veröffentlicht jetzt der Deutsche Landwirtschaftsrat ein längeres Gutachten, in dem er die Notwendigkeit der Schutzzölle erneut zu begründen sucht. Auch in diesen Darlegungen wird die Gefahr einer Erstenkultivierung der landwirtschaftlichen Produktion eingehend und dringlich geschildert mit dem Ergebnis, daß nur Schutzzölle uns retten können. Bezeichnend ist, daß man auch in der Darstellung, die wissenschaftlich sein soll, offenbar unrichtige Argumente für die agrarischen Forderungen vorbringt. So heißt es u. a.:

Man mußte daher trachten, den oben zuerst angeführten Kardinalpunkt zu befestigen: Das Verhältnis in den Betriebsmittel- und Produktionspreisen. Die Gründe dieses Verhältnisses erkennen, heißt die Forderung auf Zoll erheben. Denn warum kann man für 100 Einheiten landwirtschaftlicher Produkte heute nur 75 Einheiten der wichtigsten Betriebsmittel erhalten, während man vor dem Kriege dagegen 100 erhielt? Der Grund dafür liegt vorwiegend in der unterschiedlichen zollpolitischen Behandlung von Industrie und Landwirtschaft.

Diese Darstellung berücksichtigt in keiner Weise, daß das Verhältnis zwischen den Preisen industrieller Fabrikate und landwirtschaftlicher Produkte eine internationale Erscheinung ist und insoweit mit der deutschen Zollpolitik allein nicht erklärt werden kann.

Der deutsche Landwirtschaftsrat stellt es als oberstes Ziel hin, den landwirtschaftlichen Betrieb wieder rentabel zu machen. Er übersieht dabei vollkommen, daß die Rentabilität der landwirtschaftlichen Produktion durch Schutzzölle allein niemals gewährleistet werden kann, wie schon die Geschichte der Schutzzölle Deutschlands zeigt. Die Mindestschutzzölle sind, nachdem man erst einmal diesen verhängnisvollen Weg beschritten hatte, bei Getreide von 1 Mark auf 5,50 Mark pro Doppelzentner heraufgeschraubt worden; die Forderungen der Agra-

rier gingen aber noch weiter. Das ist ein Beweis dafür, daß die Schutzzollpolitik keineswegs eine Garantie zur Herstellung jenes Zustandes bietet, den der Deutsche Landwirtschaftsrat jetzt als erwünscht bezeichnet. Auch der gegenwärtige Vorstoß in der Zollfrage ist ja nur ein kleiner Anfang. Genau so wenig wie die Landwirtschaft die Berechnungen hat halten können, die sie bei der Einführung der freien Wirtschaft abgab — damals sagte man, die Landwirtschaft würde sich schon selbst helfen, wenn man erst einmal die freie Wirtschaft habe —, ebenso wenig wird man jetzt sich mit den vorläufig von der Regierung zugesagten Zöllen begnügen, sondern bald weitergehende Forderungen stellen, wenn man den Interessen der Großlandwirte jetzt nachgibt.

Im übrigen kann nicht eindringlich genug betont werden, daß Getreidezölle nur der Großlandwirtschaft zugute kommen, und daß das von schutzollfreundlichen Beratern der Landwirtschaft schon vor Jahrzehnten festgestellt worden ist. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat also kein Recht darauf, seine Forderungen als diejenigen der gesamten deutschen Landwirtschaft hinzustellen. Den Bauern, die auf den Zulauf von Getreide und Futtermitteln angewiesen sind, wird ja bald ein Licht darüber aufgehen, wie sehr sie durch die verfehlte Schutzollpolitik der Großagrariere geschädigt werden. Aber wir können uns derartige Experimente nicht leisten, besonders nicht im Interesse der Verbraucherschaft, deren Kaufkraft für Brot heute mindestens ebenso sehr hinter dem Vorkriegsstand zurücksteht, wie die der Landwirtschaft für Industrieerzeugnisse. Wenn man aber schon die Preisdifferenz zwischen Industrie- und Agrarprodukten, die übrigens in letzter Zeit wesentlich nachgelassen hat, als Begründung der Zölle anführt, so hätte die Landwirtschaft das dringendste Interesse daran, darauf hinzuwirken, daß durch einen energischen Preisabbau für Industriefabrikate das Gleichgewicht angestrebt wird. Davon hört man in der Landwirtschaft nichts. Im Gegenteil ist der Landwirt geneigt, der Landwirtschaft die eigenen Produktionsmittel durch Schutzzölle zu verteuern, wenn er dafür Gegenleistungen in Form von Getreide- und Fleischzöllen erhält. Wo bleibt da die Logik? Oder glaubt man, auch die Sanierung der Landwirtschaft auf Kosten der Arbeitskraft und des Verbrauchs durchführen zu können?

Die Zollvorlage im Reichswirtschaftsrat.

Gegen sofortige Inkraftsetzung der Getreidezölle.

Der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat in gemeinsamer Sitzung den Gesetzentwurf über Zölle und Umsatzsteuern weiter beraten. Der amtliche Bericht behauptet dazu, daß die Absicht der Regierung, einen einheitlichen Schatz der gesamten nationalen Arbeit wieder herzustellen, von den beiden Ausschüssen mit 27 gegen 16 Stimmen gebilligt worden ist. In dieser Form ist die Meinung falsch. Der Antrag, der aus mehreren Teilen bestand, wurde in demjenigen Teile, der von dem Schatz der nationalen Arbeit sprach, nur mit einer Zufallsmehrheit von 2 Stimmen angenommen, insbesondere stimmten die Arbeitnehmer gegen den Entwurf.

Weiter nahm der Ausschuß eine zweite Entscheidung an, und zwar auch mit Stimmen von Arbeitgebern der Industrie und gegen den Einspruch der Regierung; in dieser zweiten Entscheidung wird die Dringlichkeit der Getreidezölle geradezu bestritten. Heißt es doch darin, daß der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Agrarzölle unter Berücksichtigung der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Reiches zu wählen ist. Mit anderen Worten besagt das, daß vorläufig an die Inkraftsetzung der Getreidezölle nicht zu denken ist. In der Tat würden sie in dieser Zeit steigender Arbeitslosigkeit und Arztpolitik für die breiten Massen eine ungeheure Belastung bedeuten. In diesem Punkte ist die Stellungnahme des Reichswirtschaftsrates also eine Zurückweisung der Regierungsvorlage, wie sie besser nicht zu denken ist. Insbesondere gegenüber dem amtlichen Bericht ist das gerade mit allem Nachdruck hervorzuheben.

Der nationalsozialistische Mythos.

Wir hörten da die Stimmen aus dem Münchener Bürgerbräukeller — aber wir verstanden nicht die Göttersprache, die aus den Reihen der Münchener Woiwoden redete. Welche tiefe germanische Symbolik lag in dem großen Worte Hitlers: „Hör mir eine Waise.“ Da rief der Genius des deutschen Volkes nach dem tödlichen Reich aus Kriegers Blut, nach dem germanischen „Begeisterungstun“, damit er nicht im Schoße der Erde, nicht in der Gewalt türkischer Mächte liege, sondern daß er Menschen und Götter lade. Aus dem Munde Hitlers, des listigen Ueberlisters, erklang das Wort Odins, des Wanderers: Wir müssen nun List versuchen, denn ich will und muß von dem Gebräu kosten, und ich kenne der Künste mancherlei, die mir etwa dazu verhelfen.“ Und er trank sich Begeisterung aus Kriegers Blut, der hohe Reder, und er begann den entsehligen Kampf mit dem Woff der Vernichtung.

Wer öffnete uns Blinden endlich die Augen für den tiefstimmigen Mythos des Münchener Bürgerbräukellers? Der große Stalbe Georg Schott war es, als er uns „Das Volksbuch von Hitler“ schenkte. Hören wir den gottbegnadeten Sänger, dem es auch vergönnt war, von Kriegers Blute zu trinken, was er nicht quaffeln:

„Das Gerie ist vorbeigezogen und eine ganze Welt strahlt im neuen Glanze. Es ist die lautere Wahrheit. Durch Hitler, durch die in ihn verkörperte Idee hat sich die Wandlung vollzogen. An allen Orten rührt sich's und regt sich's. Geheime Ahnung wird lebendig. Uralte Kunde und Sage wacht auf. Die Stimmen des Rabelungstodes, der Edda, des Heliand, schlagen an unser Ohr und sprechen mit einem Mute eine ganz neue, vertraute Sprache. Es wird alles Wirklichkeit. Parzival nimmt Abschied von seiner Mutter Herzeloide und reitet in die Welt hinaus — der reine Tor, der jugendliche Held, er begreift den „toten Ritter“, nahezu waffenlos rückt er dem wohlgebornen Gegner zu Leibe und schlägt ihn aufs Haupt; vor keinem macht er Halt, nur vor dem Kreuze sinkt er aufs Knie und betet es an. Lohengrin, der Bote aus Montsalvat, der Streiter für Unschuld und Recht, Siegfried, der Drachentöter und Räuber der Tarnstappe; alles wird wahr, wird Geschehen! Die alten Götter, die ihren Toten auf den Schultern, von der Waisheit abziehen, wir haben sie gesehen, mit Augen geschaut, und alles Volk in den Straßen borbäupig, ergrißen, von einem Unjagbaren durchschauert. Uralter Mythos erwacht, die Stimme des Bannes hebt an zu sprechen. Eine neue Zeit dämmert herauf. Mit Woff's Hiltler haben wir ihren Anbruch erlebt. Was an vorbereiteten Einnahmen und Ideen in der Luft lag, hier hat es seine Gestalt gewonnen. Das Erleben des Mythos hat eingeseht in unserm Volke. Ueberall ist es zu spüren. Die Götter der Edda, sie naßen sich, sie kommen.“

Gewiß, Odin steht lebhaftig vor uns, und wir vernahmen seinen prophetischen Spruch:

Trunken ward ich und übertrunken
In des schlauen Fialars Keller.
Trunken mag frommen, wenn man ungetrückt
Sich den Sinn bewahrt.

Kriegers Trunk mochte ihn trunken, Hitler den Helden. Richter

rächten sich, Bolter büßte, Götter aber gärten gegen die gebrechlichen Götter.

In den Straßen Münchens wurden nach Schott Götterstimmen hörbar, die den Hiltler frei sprachen. Tiefstimmige Deutung gibt Schott den Kinderreimen, die in den Münchener Straßen und Gassen ertönten. Er schreibt: „Das war die erste Instanz, die in der Sache „Hiltler und Götter“ das Urteil gesprochen hat. Es ist aber auch noch von anderer Seite ausgesprochen worden, die nicht offiziell berufen war, die sich frisch-fröhlich selber als Instanz aufgeschwungen hat und seitdem Recht spricht. Und das ist die Jugend, das Volksgerichte der Kleinen. Achtung: Volksstimme — Gottesstimme. In allerlei Sprüchlein und Abzählreimen, die nicht gerade schmeichelhaft sind für die Begner der „Hiltler“ und die mit dem Schlußworte endigen:

„Eins, zwei, drei —
Der Hiltler, der ist frei“

hat sich die Best der Kleinen des Follies Hiltler bemächtigt. Das und ähnliches ist es, was man heute in den Straßen und Gassen der Stadt hört. Und das wir uns auch recht verstehen: nicht nur im Innern der Stadt, wo die gutbürgerliche Jugend sich tummelt, nein überall: in Schwabing und in Sendling, auf der Theresienhöhe und in Giesing, wo die Kleinsten der Kleinen wohnen, wo der Marxismus zu Hause ist, wo man mit Hirt und Kopf Hiltler heute noch als schärfsten Gegner bekämpft, und wo man sich ihm mit dem Herzen bereits hängt mit einer Selbstverständlichkeit, vor der alle Parteidoctrin verfliegt wie Spreu vor dem Winde. Es ist etwas Köstliches um diese Kleinen Verleiner und Schelmlieder, in denen das Volk, ohne es selbst zu ahnen, das letzte, tiefliege offenkundig, was in seiner Seele ruht.“

Uns dünkt, das Tiefste wird in den Münchener Kinderreim wieder lebendig, das was die göttliche Waise in mythischer Zeit schon kündete.

Es rauscht der alte Baum, da der Niese frei wird.

Wir können den nationalsozialistischen Mythos vom Bolter, Siegfried, Parzival Hiltler — die drei Vornamen mögen genügen — weiter dichten. Ueberlassen wir das den nationalsozialistischen Dichtern und Dichtern. Kinderreime sind leicht und kindlich, anspruchsvolle nationalsozialistische Mythendichtungen der Schott und anderer Stellen sind leicht und kindlich.

Paul Kampffmeyer.

Von der „Verbrecherphysiognomie“.

In der Berliner Gesellschaft für Anthropologie sprach dieser Tage Medizinrat Prof. Dr. Strauch, der bekannte Berliner Gerichtsarzt, über die Anfänge und Vorstufen der Kriminalanthropologie. Strauch ist seinerzeit ausgegangen von Lombroso, dessen Lehre in Italien ja noch heute eine ganz andere Rolle spielt als bei uns. Später aber hat er sich von der Lehre des Italiens weit entfernt.

Lombroso hat die Lehre vom „geborenen Verbrecher“ ausgebildet: dieser sei durch körperliche Merkmale von seinen Mitmenschen unterschieden, zum Teil in augenfälliger Weise, er zeige die Merkmale niedriger Rassen, mehrfach atavistische Elemente. Für

bestimmte Verbrecherkategorien hat dann Lombroso körperliche Kennzeichen aufgestellt, die nicht der Beruf ihnen auftrage, die sie vielmehr als Potenzen der Natur mitbekommen haben. Strauch bekannte sich nur in eingeschränktem Sinne zur Lehre Lombrosos, er teilt den Standpunkt des Berliner Strafrechtslehrers Kohl über die nur verminderte Zurechnungsfähigkeit des „geborenen Verbrechers“. Und er legte das an den Bildern von Verbrechern der letzten Jahrzehnte, an ihren Schädeln u. dgl. dar. Daß gewisse körperliche Auffälligkeiten bei Mördern vorkommen können, dafür hat Strauch am Schädel des Berliner Aufständers Großmann ebenso Kennzeichen gefunden, wie am Schädel des Dr. Robling, der 1878 das Attentat auf den alten Wilhelm ausgeführt hat. Diesen Mann konnte er wenigstens bedingt unter die Verbrecher einreihen, ebenso wie Luchetti, den Mörder der Kaiserin Elisabeth, während er politische Verbrecher sonst mit Recht unberücksichtigt ließ. Robling zeigt in seinem reparierten Schädel eine „pramatische Encephalie der Kranznoht“, das heißt, die Hauptmasse der Schädeldoberfläche ist auf der einen Seite vorzeitig zugewachsen. Und Großmann weist ebenfalls an den Schädelnähten eine Abnormität auf: die Schädelnähte bilden ein Kreuz, das die ganze Schädelfläche überdeckt, und gerade dieses Kreuz gilt in Bayern als das Zeichen besonders frommer Bestimmung — denn dort pflegt man ja bei Auffassung von Friedhöfen nicht wie es im Norden oft geschieht, Schädel und Gebeine fortzuwerfen, sondern sie in Beinhäusern sorglich aufzubewahren und die Schädel, denen von Natur jenes seltsame Rahmholz aufgedrückt ist, sind dann als die Ueberreste Gottesfürchtiger besonders geachtet.

Eine „Mörderphysiognomie“ aber gibt es nach Strauchs Ansicht nicht. Schon Caspar, der um 1850 Professor an der Berliner Universität war, hat die Behauptung aufgestellt, das Verbrecherische spreche sich nicht in besonderen positiven Kennzeichen, sondern mehr in der Regation des Gefühls auf dem Gesichte aus. Die Abwesenheit besonderer Gesichtszüge in den Zügen zeigte auch Strauch an einigen Hauptverbrechern der letzten Zeit. Andere Gesichter von Kapitalverbrechern zeigen aber einen fast regelrechten, sagulogen gutbürgerlichen Durchschnittstypus, sie sind vom Gesichtsgehalt himmelweit entfernt. Höchstens kann man manchmal an Kleinigkeiten wie dem angewachsenen Ohrfläppchen, einer charakteristischen Schiefeit der Gesichtshälften u. dgl. Merkmale aufführen, die im Sinne Lombrosos vermerkt sind. Im allgemeinen aber bietet die Physiognomie, wie sie Lavater begründet, und die von Gall geschaffene Lehre vom Hirn und seiner Bedeutung für die Schädelbildung, nur in sehr eingeschränktem Sinne eine Vorstufe für die Kriminalanthropologie.

Die abgefehlte Volksbühne. Wir machten vor kurzem Mitteilung von den Ventilatoranlagen, mit denen Max Reinhardt dem Publikum des Wiener Theaters in der Josefstadt während der heißen Tage Kühlung zuschaffen läßt. Wie wir erfahren, bestehen solche Anlagen auch in unserem Volksbühnentheater am Bülowplatz, sind aber dort seit Jahren nicht mehr in Betrieb. Auf eine Anfrage, weshalb man den Berlinern die Wohltaten nicht zuteil werden läßt, deren sich die Wiener erfreuen dürfen, erhalten wir jetzt von der Direction des Theaters am Bülowplatz die Mitteilung, „daß die Entlüftungsvorrichtung der Volksbühne je nach

Ahlemann-Standal im Reichstag.

Zu dumm zum Verleumder.

Die gestrigen Beratungen des Reichstages über die Renten der Kriegsschädigten wurden von Tumulten begleitet, die von den antiparlamentarischen Kadavergruppen hervorgerufen waren und angesichts des traurig-ernsten Gegenstandes, der zur Debatte stand, doppelt unwürdig wirkten. Der schlimmste dieser Skandale wurde vom nationalsozialistischen Oberstleutnant a. D. Ahlemann entfesselt, der erklärte, daß Genosse Breitscheid in Paris Landesverrat getrieben habe. Von Breitscheid befragt, was damit gemeint sei, gab der Oberstleutnant die tralalchaste Antwort, seine Ueberzeugung vom Landesverrat Breitscheids gründe sich darauf, daß dieser im Reichstag einmal gesagt habe, er vertrete nicht die Interessen Deutschlands, sondern die der Welt. Auf Breitscheids Bestreben, diesen Auspruch getan zu haben (tatsächlich hatte Breitscheid damals auseinandergesetzt, die Sozialdemokratie vertrate im Ruhrkampf gegen Poincaré nicht nur deutsche, sondern auch Weltinteressen), erklärte der Mann mit Eichenlaub und Schwertern, er könne nicht beweisen, daß Breitscheid jenen Auspruch getan habe, sehr aber „zunächst“ seinen Grund, etwas zurückzunehmen!

Die Geschichte ist so eckhaft und dumm, daß man sich fast schämt, sie zu erzählen. Aber sie ist nur ein Beispiel für viele, so geht's tagaus, tagein! Mal ist es Kay, mal Ahlemann, mal ein anderer Ehrenmann, der das Haus zur Kackstange erniedrigt. Man muß hoffen, daß die politische Entwicklung rasch zu einer Reichstagsauflösung führt, die dem Volk Gelegenheit gibt, den Schmutz, der sich in den Ecken gesammelt hat, aus dem Parlament hinauszuspülen.

Der Bürgerblock baut weiter ab!

Ruthe kommandiert, daß Zentrum warfchert!

Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat am Mittwoch beschlossen, dem Reichstag vorzuschlagen, daß der Regierung die Ermächtigung zur selbständigen Regelung der Ortszuschläge zu den Bezirken der Reichsanstalten entzogen werden soll. Am Donnerstag hatten die bürgerlichen Parteien ihre skurrilen Wannen besser aufgezogen und wollten nun den Mittwochbeschluss umstoßen. Dieses geschäftsordnungswidrige Beginnen scheiterte an dem Einspruch der Sozialdemokraten und Kommunisten. Die bürgerlichen Parteien kündigten an, daß sie nunmehr den Antrag auf Weitergewährung der Ermächtigung für den Ortszuschlag im Plenum stellen werden. Bei der Beratung der zur Abbauforderung vorliegenden Anträge erklärte der Reichsfinanzminister, daß er den Abbau, solange die Verordnung besteht, nicht einstellen könne. Er sei aber bereit, die Beratung und Verabschiedung des dem Reichsrat bereits vorliegenden Gesetzentwurfs zur Änderung der Personalabbauverordnung nach Kräften zu fördern. Sämtliche Anträge wurden dem auf Antrag der Deutschen Arbeitspartei gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten einem Unterausschuß überwiesen, der am 25. Juli nach dem Plenum zusammenzutreten wird. Die Sozialdemokraten hatten ihre Zustimmung zur Ueberweisung der Anträge an den Unterausschuß davon abhängig gemacht, daß 1. der Abbau bis zur Verabschiedung des neuen Gesetzes sofort eingestellt, 2. der § 84, 4 des Betriebsrätegesetzes sofort wieder hergestellt wird. Da der Reichsfinanzminister hierüber genügende Erklärungen nicht abgab, bestand die sozialdemokratische Fraktion auf sofortiger Abstimmung über ihren Antrag auf restlose Aufhebung der Personalabbauverordnung. Dies wurde durch die bürgerlichen Parteien verhindert. — Die Frage der Arbeitszeit und des Erholungsurlaubs kam noch nicht zur Beratung, da die grundsätzliche Erklärung der Regierung zu den betreffenden Beschlüssen des 14. Ausschusses noch aussteht.

Kein Geld...

für heimkehrende Ausgewiesene.

Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete verhandelte am Donnerstag in Gegenwart des Reichsverkehrsministers Deser über die Anträge, die sich mit der Fürsorge der rückkehrenden Ausgewiesenen und Verdrängten beschäftigen. Insbesondere auch über den bereits gefassten Beschluß und die noch vorliegenden

Bedarf in Wirklichkeit tritt. Automatisch wird hierbei allerdings nicht verfahren, da die Stromkosten für die großen Ventilatoren sehr bedeutend sind und außerdem Zugeschneidungen im Theater vermieden werden müssen. Es kommt sehr darauf an, wie die Windrichtung auf dem Hause steht, um den gewünschten Erfolg jeweils zu erzielen. Wir haben uns heute nochmals mit unserem Betriebsinspektor in Verbindung gesetzt und Anweisungen gegeben, daß bei herrschender großer Hitze die Entlüftungsanlage täglich in Funktion gesetzt wird.

Das Verfahren gegen Direktor Demmler eingestellt. Das auf Grund der französischen Auslieferungsliste in der Kriegsschuldigenfrage gegen den im Kaiser-Friedrich-Museum tätigen Direktor Dr. Demmler seit 1921 eingeleitete Reichsgerichtsverfahren ist vom Reichsgericht in Leipzig am 22. Mai 1924 eingestellt worden. In der Begründung heißt es: „Die französische Auslieferungsliste wirft dem Beschuldigten, der während des Krieges Zivilbeamter beim Stabe des Beauftragten des Generalquartiermeisters („Auffschußoffizier“) war, Plünderungen und Diebstähle von Gemälden im Museum zu Tille“ vor. Die Bezahlungen sind völlig grundlos. Der Beschuldigte hat im Sommer 1917 nach fürsorglichen Anweisungen seiner vorgesetzten Dienstbehörde die wertvolleren Gemälde des Museums in Tille zum Schutze vor Kriegsgefahr nach Valenciennes übergeführt. Wie die Ermittlungen darlegen haben, ist er mit Sachkenntnis, Umsicht und Pflichttreue zu Werke gegangen, ohne seine Befugnisse irgendwie zu überschreiten. Davon, daß er sich etwas angeeignet hätte, kann keine Rede sein.“

Fünfzigjähriges Bestehen des Observatoriums in Potsdam. Das im stillen Dorf von Sanssouci gelegene astrophysikalische Observatorium in Potsdam ist heute auf eine Entwicklung von 50 Jahren zurückzuführen. Die ersten Vorbereitungen für die Werke wurden im Jahre 1874 getroffen, und heute kann man sagen, ist es für die Wissenschaft ein unerschöpfliches Forschungsinstrument geworden, dank ihrer modernsten astronomischen Einrichtungen. Wurden doch hier die wichtigsten astronomischen Einrichtungen, das große Erdbeben in San Francisco, das letzte gewaltige Erdbeben in Tokio, die vielfachen Ausbrüche des Welwus usw. Erinnert sei auch an die erfolgreiche wissenschaftliche Ueberseereise des jetzigen Observatoriumsleiters, Prof. Ludendorff, zur Beobachtung der Sonnenfinsternis auf der Weihnachtsinsel und in Mexiko.

Die kulturelle Not der Gegenwart. Im Rahmen der Leipziger Kulturwoche findet am Sonntag, den 4. August, abends 7 1/2 Uhr, in der Silberhalle zu Leipzig eine öffentliche Kundgebung statt, die zur kulturellen Not der Gegenwart Stellung nehmen wird. Als Redner sind vorgesehen: Hans Baluschek, Staatslehrer für Volksschulen, Frau Badm. Schuch, M. H. B. und der ehemalige Reichspräsident Paul Löbe.

Am 10. Jahresfest des Kriegsausbruchs gibt Karl Nierendorf Verlag (Großbuchhändler V. B. Neumann, Berlin W 50) ein Rohbrot von 2000 Bt heraus, das 50 Originalabdrucken umfasst und in 5 Bänden unter dem Titel „Der Krieg“ erscheint. Gleichzeitig mit den Originalen werden 2 Ausgaben in Buchform zu billigen Preisen veröffentlicht. Der Unterausschuß für geistiges Eigentum hat, wie aus dem Bericht folgt, seine Arbeiten abgeschlossen. Er ist zu folgenden Beschlüssen gelangt: 1. Ausnahmen derjenigen Gelehrten, deren Entdeckungen eine gewinnbringende Ausbeute ergeben haben, ist ein besonderes Recht zu schaffen. 2. Es ist jedoch schmerzhaft, die Anwendung dieses Rechts auf alle Einzelfälle zu regeln. 3. Den berechtigten Interessen der Industriellen, die von der praktischen Anwendung der Wissenschaft leben, ist Rechnung zu tragen.

sozialdemokratischen Anträge wegen der Sicherung der seit dem 1. Januar als Folge des passiven Widerstandes entlassenen Eisenbahnarbeiter, die zum großen Teil trotz aller heftigen Versprechungen nach ganz kurzer Uebergangszeit auf die künftige Erwerbsloshilfe abgehoben wurden. Die Entlassungen werden auch heute noch lustig fortgesetzt. Nach einer Verfügung, die uns aus Würzburg bekannt geworden ist, ist den Lohnempfängern sofort nach Aufhebung der Ausweisung die Kündigung auszusprechen. Dieser Skandal ist zudem, im Gegensatz zu dem Ton, den man den Beamten gegenüber wählt, formuliert, daß die Entrüstung unter den ausgewiesenen Eisenbahnarbeitern allzu verständlich ist. Diesem Unfug will ein Antrag der Sozialdemokraten steuern, der verlangt, daß keinerlei derartige Kündigungen mehr ausgesprochen und daß die bereits erfolgten wieder aufgehoben werden. Nicht geringer ist der Skandal, daß den Schwertriebsbeschädigten, ohne die Bestimmungen zu beachten, gekündigt wurde. Trotzdem obliegende Gewerbegerichtsurteile vorliegen, weigert sich das Reichsverkehrsministerium, den alten Zustand wieder einzuführen oder die entsprechenden Lohnsummen zu zahlen. Die Sozialdemokraten haben einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß dieses Unrecht wieder gutgemacht wird und daß Schwertriebsbeschädigten entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes als noch im Dienst zu behandeln und daß ihre Bezüge weitergezahlt sind. Für die sogenannten freien Berufe will die sozialdemokratische Vertretung erreichen, daß ihre Betreuung nach erfolgter Rückkehr in einer Weise geregelt wird, wie es Treu und Glauben entspricht.

Die Beschlüßfassung wurde auf Freitag vertagt. Der Minister legte im einzelnen den ausschließlich von sozialistischen Ueberlegungen beeinflussten Standpunkt der Regierung dar. Kein Geld! Der Ausschuß wird bei Anerkennung der schwierigen Lage nicht schwach werden dürfen. Hier ist nicht nur ein Unrecht gut zu machen, für das der derzeitige Finanzminister zu einem großen Teil die Verantwortung mitträgt. Es stehen nicht geringe politische Interessen auf dem Spiel, die nicht an bürokratischer Engstirnigkeit und kleinlicher Knickrigkeit zu scheitern dürfen.

Einstains Rückkehr zum Völkerbund.

Genf, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Vertreter des „Soz. Parlamentsdienstes“ in Genf hatte am Donnerstag eine Unterredung mit Professor Einstein, der ausenbüßlich in Gemeinschaft mit namhaften internationalen Wissenschaftlern in Genf an den Arbeiten der „Internationalen Arbeitsgemeinschaft geistiger Arbeiter“ teilnimmt. Professor Einstein erklärte: Mein Austritt als Mitglied des Völkerbundes im vorigen Jahre geschah unter dem Eindruck der ungünstigen Verhältnisse, und weil sich der Völkerbund gegenüber den europäischen Problemen anscheinend passiv verhielt. In der Zwischenzeit habe ich mich aber von dem ehrsüchtigen Willen der Mitarbeiter am Werte des Völkerbundes überzeugt, deren Streben tatsächlich dahin geht, die europäischen Verhältnisse einer Belebung zuzuführen. Daß man mich trotz meiner Kritik von damals erneut zur Mitarbeit an Problemen des Völkerbundes aufgefordert hat, ist mir gleichfalls ein Beweis dafür, daß es den Männern, denen die Vertretung des Völkerbundes obliegt, nur um die Sache geht und nicht um persönliche Fragen. Ich habe mich deshalb entschlossen, meine Mitarbeit wieder aufzunehmen, um auf

diese Weise der Versöhnung der Völker zu dienen. Mein persönlicher Eindruck von den bisherigen Arbeiten der Kommission, der ich angehöre, ist sehr günstig. Ihre Mitglieder sind im besten Sinne des Wortes gute Europäer, die, ohne jedes Vorurteil, nur der Schaffung einer neuen Internationale der geistigen Arbeit dienen wollen. Ich muß dabei besonders betonen, daß man bei allen Plänen, die man hegt, und bei allen Beratungen Deutschland und seine Vertreter so behandelt, als ob es bereits vollständigiges Mitglied des Völkerbundes wäre.

Macdonalds Abrüstungsaktion.

Besprechung mit Hughes.

London, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der amerikanische Hughes hatte mit Macdonald einen Gedankenaustrausch über die Einberufung einer Abrüstungskonferenz. Ueber ihre Notwendigkeit sind beide einer Meinung. Hughes will nach seiner Rückkehr nach Washington mit Coolidge nähere Vereinbarungen über diese Frage treffen. Da er mit Coolidge bereits einer Meinung ist, wird erwartet, daß die praktischen Vorbereitungen für eine Abrüstungskonferenz bald beginnen, so daß sie spätestens zu Beginn des neuen Jahres zusammentreten kann.

Englands Truppen bleiben in Ägypten.

London, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Absicht der englischen Regierung, mit der ägyptischen Regierung zu einem guten Ausgleich der widersprechenden Interessen zu kommen, hat im Oberhaus zu einer Anfrage geführt, ob England seine Truppen aus Ägypten zurückziehen beabsichtige. Lord Parmoor wick eine klare Antwort ab. Er erwiderte im Namen der Regierung, daß bei den Verhandlungen, die demnächst mit dem ägyptischen Premierminister Zaghlul Pascha geführt werden sollen, das britische Reichsinteresse voll gewahrt werde.

Micum- und Regie-Abbau.

Essen, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Von dem bei der Micum und bei der Regie beschäftigten deutschen Personal wurden 75 Proz. zum 1. September gekündigt.

Wien, 24. Juli. (Mit.) Die „Wolnische Volkszeitung“ läßt sich zu den aus französischer Quelle kommenden Berichten über eine bevorstehende Wiederaufnahme der Micumverhandlungen aus Essen berichten, daß bislang in den maßgebenden Kreisen des Ruhrbergbaues noch keine Einladung zu Verhandlungen eingegangen ist. Die Micum will offenbar, ehe sie über Erneuerung der Ende des Monats ablaufenden Verträge verhandelt, das Ergebnis der Londoner Konferenz abwarten.

Keine Gnade! Die Aufständischen in Sao Paulo haben einen Waffenstillstand und ferner das Versprechen der Regierung, im Falle der Uebergabe keine Vergeltungsmaßnahmen zu üben, erbeten. Die brasilianische Regierung hat darauf mit einer verächtlichen Aktion ihrer Truppen gegen die Aufständischen geantwortet. Die Regierungstruppen sind in der Stadt weiter vorgezogen.

Der geköppte Henker.

Souvarines Ausschluß.

Der 5. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau hat eine furchtbare Abrechnung mit all denen vorgenommen, die sich „rechte Abweichungen“ haben zuschulden kommen lassen. Am heitersten wirkt der über den bisherigen tyrannischen Führer der französischen Kommunistischen Partei Boris Souvarine verhängte Ausschluß. Souvarine, der zu den eigentlichen Gründern der Kommunistischen Partei Frankreichs gehörte, hatte sich allmählich zu einem kleinen, aber um so größeren wahnwitzigen Despoten entwickelt, der nacheinander eine ganze Reihe von führenden französischen Kommunisten abgepaltert, hinausgeschickt oder mit Billigung der Moskauer Exekutive ausgeschlossen hatte, darunter die ganze Frossard-Gruppe sowie später mehrere Redaktionsgarnituren der „Humanité“. Nur mit knapper Not war sogar Cahin im vergangenen Herbst der von Souvarine rastlos gehandhabten Guillotine entronnen. Auf diese Art hatte sich Souvarine, dessen Wesen an und für sich unaussprechlich ist, auch bei den übrigen bisher verhafteten Kommunisten tief verhaßt gemacht, die jeden Tag damit rechnen mußten, daß auch sie an die Reihe kommen würden. Deshalb wurde ein kleines Komplott unter seinen engsten „Freunden“ geschmiedet, um ihn los zu werden. Das war allerdings nicht leicht, denn er genos bisher das uneingeschränkte Vertrauen von Sinowjew.

Endlich fand man die Gelegenheit, ihn bei der Kommunistischen Internationale zu denunzieren. Das geschah im vergangenen Winter, als die russische Kommunistische Partei jene Krise durchmachte, die durch die „demokratische“ Opposition der Trotski-Gruppe hervorgerufen war. Souvarine ergriff damals in der von ihm redigierten Zeitschrift der KPD, „Bulletin communiste“ Partei für Trotski, vermutlich nicht aus Uebergewinn, sondern weil er falsch unterrichtet, dessen Endsteg innerhalb der russischen Partei vorausahnte. Er hatte jedoch auf das falsche Pferd gesetzt. Und nun wurde er vor dem Forum des kommunistischen Weltkongresses zitiert, angeklagt und ausgeschlossen. Der „Partei-beschl.“, mit dem die Lenkung der KPD, bzw. die Moskauer Exekutive dieses Urteil in der „Humanité“ vom 19. Juli mitteilt, ist ein geradezu klassisches Dokument sowjetischer Ueberblichkeit und Rücksichtslosigkeit. Es heißt darin:

„Ein glänzender Journalist und ein geschickter Polemiker, widmete Boris Souvarine viele Jahre hindurch sein ganzes Talent der Verteidigung der Kommunistischen Internationale und der Verbreitung ihrer Parolen. Im Kampfe gegen Frossard zeichnete er sich durch die Klarheit und durch die Wucht seiner Angriffe aus. Gestützt auf eine große Partei und auf das größte politische Blatt Frankreichs, mühtes auf verantwortungsvollen Posten gelangt, glaubte Souvarine eine persönliche Kraft zu sein. Der Hochmut berauschte ihn und wurde ihm zum Verhängnis. Als Verteidiger einer Klasse, aus der er selbst nicht stammte (wiederholte kommunistische Führer in Rußland und Frankreich stammten denn überhaupt aus der Arbeiterklasse) Die Red.), begriff er nur unvollständig deren Bedürfnisse. Er verag die Lehren von Lenin, indem er sich nicht den breiten Massen der Arbeiter und Bauern näherte, um sie besser kennen zu lernen, um sie besser zu lieben. Durch die geistige Verdrüppelung seines Berufs veranlaßt, verlor er den Kontakt mit dem Proletariat, hielt er sich an das Buch und verag das Leben! Und bald, anstatt des Führers, der er zu sein schien, wurde er zu einem befehlshabenden Autokraten, der vor sich selbst angenommen war und je nach seinen Launen die Befehle der Partei zu zerbrechen versuchte.“

Sodann werden die konkreten Anklagen gegen Souvarine, die zu seinem Ausschluß führten, nämlich sein Feldzug für Trotski, des näheren ausgeführt. Hier heißt es u. a. bezüglich der Krise,

die nach den Herbstmiedertagen des vorigen Jahres die gesamte Kommunistische Internationale durchmachte:

„Einige Führer erachteten von den Höhen ihres buchmäßigen Wissens herab eine Theorie, deren Grundlinie, wäre sie anerkannt worden, den Bruch mit der glorreichen Leninistischen Tradition, deren Richtigkeit durch das Leben erwiesen worden ist, bedeutet hätte. Souvarine begab sich mitwillig auf die revisionistische Galeere. Unter dem Vorwand, daß alle Mittel zulässig seien, wenn sie zum Erfolg führen, belog er seine Partei und versuchte, er, sich ihrer zu bedienen, um der Gang der Schlacht zu beeinflussen, deren Einsatz der Leninismus war.“

Sodann folgt das Urteil selbst:

„Die Exekutive hat ihr Urteil in voller Kenntnis der Angelegenheit gefällt: Souvarine wird aus der französischen Partei und aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossen. Allerdings wird unseren früheren Genossen eine Möglichkeit gewahrt, seine Sünden wieder vergessen zu lassen.“

Die französische Partei wird keine Wiederaufnahme in die Internationale auf dem 6. Kongreß beantragen können, wenn Souvarine bis dahin eine totale Haltung einnimmt.

Eric ähnliche Maßnahme war seinerzeit gegenüber Paul Levi (KPD) getroffen worden. Dieser zeigte sich jedoch dessen wenig würdig: er schloß sich der Zweiten Internationale an, Schödemanns, Vanderveldes, Blums, Longwets und anderer an. Möge Souvarine über dieses Beispiel nachdenken und seine Stelle wieder im proletarischen Kampf einnehmen.“

Des weiteren führt das Urteil in seiner Begründung an, daß es in der Kommunistischen Partei nicht zweierlei Maß für die „Kleinen“ und für die „Großen“ geben könne. Unter dem Vorwand der „Freundschaft“ dürfe man nicht die Fehler der einzelnen bedenken:

„Der „Wert“, das „Talent“, das „Wissen“ dieses oder jenen vermag nicht eine Loderung der Kontrolle zu rechtfertigen, der alle Kommunisten unterworfen sind.“

In dem Maße, wo alle kleinbürgerlichen Ueberbleibsel des Ich überwunden werden, wird sich die namenlose eiserne Kohorte des französischen Bolschewismus bilden.“

Ob sich Souvarine diesem Urteil fügen wird oder nicht, wird die Zukunft lehren. In der französischen Kommunistischen Partei wird ihm niemand eine Träne nachweinen und im Gegenteil ein jeder hoffen, daß er den Weg Frossards und der anderen von ihm geköpften „kleinbürgerlichen Revisionisten“ geht. Aber die sozialistischen Genossen werden sich erst recht für einen solchen widerwärtigen Returen bedanken.

Die russische Parteiopposition.

Moskau, 23. Juli. (DE.). Der 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat, wie erst nachträglich bekanntgegeben wird, auch eine Entschlebung zur Lage innerhalb der Kommunistischen Partei Rußlands angenommen, die sich vor allem mit der innerparteilichen Opposition befaßt. Diese Kundgebung, welche sich dem Standpunkt der russischen Parteileitung vollkommen anschließt, erklärt zugleich, daß die Vertreter der russischen Opposition trotz erfolgter Aufforderung es abgelehnt hätten, ihren Standpunkt vor der Internationale zu vertreten. Der Kongreß habe nicht die Sicherheit erhalten, daß die Opposition ihre Fehler einsehe und sich nunmehr auf den offiziellen Parteistandpunkt gestellt habe. Es bestehe daher die Gefahr einer Wiederholung der großen Auseinandersetzung innerhalb der Russischen Kommunistischen Partei, zumal die russische Opposition die Unterstützung der mehr nach rechts neigenden Gruppen der Kommunistischen Partei Polens, Deutschlands und anderer Länder erhalten habe.

Gewerkschaftsbewegung

Das oberschlesische Beispiel.

Witbachs Telegraphenbureau meldet:

Kattowitz, 24. Juli. Die polnische Regierung hat die Verordnung über die Verlängerung der Arbeitszeit nunmehr endlich erlassen. Sie sieht eine Verlängerung der Arbeitszeit nur in den Hütten vor, wo die Regelung in derselben Weise erfolgen soll, wie sie in Deutsch-Oberschlesien bereits besteht. Ob aus dieser Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 Stunden eine Besserung der wirtschaftlichen Lage entstehen kann, ist sehr zweifelhaft, denn die Verringerung der Produktionskosten allein kann die Erleichterung noch nicht schaffen, wenn nicht gleichzeitig Absatzgebiete erschaffen werden, die ohne einen allgemeinen wirtschaftlichen Ausgleich, besonders mit Deutschland, nicht beschaffen werden können. Polen selbst ist nicht in der Lage, einen nennenswerten Teil der Eisenproduktion Polnisch-Oberschlesiens aufzunehmen und auch Bestellungen des polnischen Staates können nicht in einem Umfang erteilt werden, daß dadurch Beschäftigung auf längere Zeit gesichert wird. Die Arbeitnehmerverbände sind sich mit der neuen Regelung ab, wenn sie auch überall Protestversammlungen abhalten. Die Hütten haben die Umstellung auf die neue Arbeitszeit bereits vorgenommen, aber vorerst nur einen ganz geringen Teil der regelrecht gekündigten und entlassenen Arbeiter wieder eingestellt. Die Einstellung weiterer Arbeiter soll von dem Auftragsbestand abhängig gemacht werden. Die wirtschaftliche Lage ist nach wie vor so trübe, daß immer weitere Betriebe mit Verkaufsabsichten umgehen.

In Deutsch-Oberschlesien hat die Kündigung der gesamten Arbeiterschaft der Hüttenbetriebe zum 1. August die Lage außerordentlich gespannt gestaltet. Die Kündigung ist ausgesprochen worden, um die Grundlage für die neue Einstellung zu den veränderten Bedingungen zu schaffen, die die Arbeitgeber am 9. Juli den Gewerkschaften mitgeteilt hatten und die in der Hauptsache den Fortfall der Deputationslohn für die Hüttenarbeiter und die Herabsetzung des Lohnes um 20 Proz. betreffen. Sowohl die Regierung in Opatow als auch das Reichsarbeitsministerium haben eingegriffen, um die Durchführung der Herabsetzung der Löhne, die bei einem Stundenlohn von 55 Pf. für den gelehrten Arbeiter der Spitzengruppe tatsächlich unter das Existenzminimum sinken würde, womöglich zu verhindern. Ob die Verhandlungen Erfolg haben werden, läßt sich nicht absehen; es wäre dringend zu wünschen, daß wenigstens die Lohnherabsetzung vermieden wird. Wird sie durchgeführt, so wäre damit auch die verhältnismäßig gute Aussicht für die Reichstagswahlen im September, die bisher bestanden, vernichtet. Die Arbeiterschaft, die nach dem Mißlingen des letzten Ausstandes sich vom Kommunismus abgewandt hat, würde, da sie zum größten Teil politische Ueberzeugung nicht hat, in Massen zu den Polen abzuwandern. Die vor acht Tagen vorgenommene Betriebsratswahl auf der Abwehrgrube, bei der die Polen, die dort bisher so gut wie gar keine Stimmen hatten, die meisten Stimmen von allen Gewerkschaften erhielten, läßt erkennen, welche Stimmung sich der arbeitslosen Arbeiterschaft bemächtigt hat. Nachdem sie sich infolge des Ausanges des letzten Ausstandes von den Kommunisten betrogen fühlen, werden sie ihre Zuflucht zu den Polen nehmen. Wie dann das Ergebnis der Reichstagswahl ausfällt, läßt sich leicht ausrechnen.

Ob die Eisenindustrie Deutsch-Oberschlesiens tatsächlich in einer so schlimmen Lage ist, daß sie zu diesem Lohnabbau greifen muß, ist recht zweifelhaft. Immer deutlicher tritt in den Versammlungen der Arbeiter der Hinweis auf die Riesengehälter der Generaldirektoren hervor, und man weiß nicht, wohin die Stimmung, die sich aus einer solchen Stimmungsmache entwickeln kann, noch führen kann. Tatsache ist, daß mehrere Industriebetriebe für Generaldirektoren und Direktoren auch jetzt noch Wohnhäuser bauen, die mit 10, ja sogar 20 Zimmern, mit riesigen Gärten und luxuriösen Einrichtungen als Paläste bezeichnet werden müssen, und Tatsache ist ferner, daß es nicht wenige Generaldirektoren gibt, die Gehälter bis zu 150 000 Goldmark jährlich beziehen, wozu in vielen Fällen noch recht hohe Lantien kommen. Diese Zahlen sind der Arbeiterschaft natürlich bekannt. Sie rechnet sich aus, daß 150 000 Goldmark das Einkommen für mindestens 100 Arbeiterfamilien sind, und mit Erbitterung hört man ganz vernünftige und ruhige Leute sagen, daß es ein Wunder ist, daß die Arbeiter solche Verhältnisse dulden.

Jedenfalls ist die Stimmung außerordentlich kritisch, und es wäre wirtschaftlich und politisch dringend notwendig, daß in den Verhandlungen, die die Regierung und das Reichsarbeitsministerium mit den Arbeitgebern führen, die Arbeitgeber mit aller Deutlichkeit darüber aufgeklärt werden, welche politischen Folgen der rückwärtslose Lohnabbau haben muß.

Diese ausführliche Darstellung aus bürgerlicher

Quelle bestätigt, was wir selbst über die vorerwähnte Spekulation mit der Verlängerung der Arbeitszeit geschrieben haben. Bemerkenswert sind die Ausführungen über die politischen Auswirkungen der Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Reichsregierung. Wenn, wie es in der Meldung heißt, die Reichsregierung sich jetzt bemüht, den oberschlesischen Industriellen gut zuzureden, nachdem sie durch den „Schiedsspruch“ den Lohnabbau und die Verlängerung der Arbeitszeit herbeigeführt hat, dann kommt das auf den Versuch hinaus, den Brumen zuzudecken, nachdem das Kind hineingefallen ist.

Die politischen Folgen, die in Oberschlesien drohen, sind noch größer im Saargebiet, wo der Achtstundentag bisher unangefastet ist, weil dort die Arbeitszeitverordnung nicht in Kraft ist. Die sich die Arbeitszeitverlängerung in der deutschen Schwerindustrie über kurz oder lang wirtschaftlich und dann unvermeidlich auch politisch im Saargebiet auswirken muß, ist ohne weiteres für jeden klar, der sich den Tatsachen nicht gewaltsam verschließt. Nur die Ratifizierung des Abkommens von Washington gemeinsam mit Frankreich, England und Belgien, nur die Eingliederung in die europäische Wirtschaftsgemeinschaft kann noch das unberechenbare Unheil abwenden.

Königsbrunn, 24. Juli. (B.Z.) Dem „Oberschlesischen Kurier“ zufolge hat der Kongreß der polnischen Berufsvereinigungen in Kattowitz beschlossen, zum Protest gegen die Verlängerung der Arbeitszeit in Ost-Oberschlesien den allgemeinen Ausstand zu verkünden. Der Generalstreik sollte bereits am 22. Juli beginnen. Man will jedoch erst die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft zum Streik abwarten.

Ein Erfolg der KPD. in Moskau.

Zweck der Einheitsfront ist Spaltung.

Wie durch und durch unwahr das neueste Geschrei der Kommunisten von der „Rückkehr zu den Gewerkschaften“ ist, geht besonders deutlich aus dem Bericht hervor, der von „einem Mitglied“ (Ruth Fischer?) in der Zentralauschusszeitung der KPD, vom 19. und 20. Juli über den „Weltkongreß“ erstattet wurde. Wir zitieren, was die „Kole Fahne“ darüber veröffentlicht:

Die Fragestellung einer Revision unseres Verhaltens zu den Amsterdamer Gewerkschaften datiert vom letzten Kongreß der Amsterdamer in Wien. Dort hat die englische Delegation eine energische Haltung für die Zulassung der russischen Gewerkschaften eingenommen und den Drang nach einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung kundtut. Dies war der Anlaß, daß einige führende Genossen der Profintern zu der Ansicht gelangten, einen offenen Brief an die Amsterdamer zu richten, ob sie bereit wären, auf dieser oder jener Grundlage eine organisatorische Einigung herbeizuführen. Wir haben uns gegen diese Spitzeneinigungsversuche energisch gewandt und erreicht, daß dieser Brief nicht geschrieben wurde. Die vorgesehene Taktik kann meines Erachtens, und ich glaube, auch der Zentralauschuss schließt sich dieser Auffassung an, nichts anderes sein, als der Versuch, den Keil zwischen die englische Gewerkschaftsopposition und den Amsterdamer weiterzutreiben sowie die Differenzen im Lager der Amsterdamer zu vergrößern. Wer jedoch aus der letzten Mandaterversammlung der Komintern eine Rückkehr zur alten Politik machen will, zur Behandlung der Einheitsfront durch Spitzenerhandlungen von oben, der wird auf Granit stoßen.

Bekanntlich hat der Internationale Gewerkschaftskongreß in Wien auf Wunsch der englischen Delegation eine Entschlieung angenommen, wonach die Tür zu Verhandlungen mit den russischen Gewerkschaften offen bleibt. Die Deutschen Kommunisten haben es zuwege gebracht, daß man in Russland diese Tür krampfhaft verschlossen hält. Der Berichterstatter der KPD fügt mit einer Offenheit hinzu, die wirklich überraschen muß, daß die vorgesehene Taktik der „Einheitsfront“ nichts anderes sein kann, als der Versuch, den Keil zwischen die englische Gewerkschaftsopposition und den Amsterdamer weiterzutreiben sowie die Differenzen im Lager der Amsterdamer zu vergrößern.

Also die Herstellung der Einheit der Gewerkschaften, wie sie Ruth Fischer versteht, ist die Vergrößerung der Uneinigkeit der Arbeiterschaft. Es ist notwendig, daß unsere Genossen in den Betrieben und in den Organisationen diejenigen gutgläubigen Arbeiter, die den Kommunisten noch nachsehen, auf diese Tatsachen aufmerksam machen. Sie müssen allen, denen die Einheit der Arbeiterbewegung am Herzen liegt, die Augen darüber öffnen, daß die KPD nichts anderes will und nichts anderes tut, als die Arbeiterschaft gegeneinander zu verhehen und damit notwendig gegenüber den Unternehmern zu schwächen.

Herr Dr. Brauns beliebt zu scherzen.

Das Hoff-Bureau verbreitet „schon“ das Resultat der Erhebung des ADAB über die Arbeitszeit in Deutschland und bemerkt dazu: „Ein Drittel der Betriebe mit etwas über die Hälfte der beschäftigten Personen machte Gebrauch von der — insbesondere in den neuen Tarifverträgen gegebenen — Möglichkeit, die 48-Stundenwoche durch Überstunden zu verlängern. Das beweist, daß die Behauptung, in Deutschland bestände überhaupt kein Achtstundentag mehr, nicht aufrechterhalten werden kann.“

Diese „neueren Tarifverträge“ sind zum guten Teil von den Arbeitern abgelehnt, vom Reichsarbeitsministerium verbindlich erklärt, „Schiedssprüche“, die den Arbeitern aufgezwungen wurden, nicht ohne daß sie dagegen gekämpft haben. Wenn das noch nicht überall gelungen ist, so ist das wahrlich nicht das Verdienst dieser „neueren Tarifverträge“ des Reichsarbeitsministers, die in Wirklichkeit Bergewaltigungen der Arbeiterschaft und die Befestigung ihres Mitbestimmungsrechts mit Hilfe des Staates sind.

Schiedsspruch für die Bauhändler.

In einer Versammlung der Bau-, Goldschmied- und Möbelschlosser berichtete Branchenleiter Fuchs über die letzten Lohnverhandlungen mit dem Schuhverband der Berliner Schlossereien. Zu einer Einigung ist es nicht gekommen. Die Arbeitgeber lehnten jede Lohnherabsetzung ab und begründeten ihren Standpunkt mit der Kreditnot und dem schlechten Geschäftsgang. Von der Branchenleitung wurde daher der Schlichtungsausschuß angerufen. Dieser fällt einen Schiedsspruch, der eine Gesamtlohnerhöhung ab lehnt, jedoch befiehlt, daß eine Bauzulage von 6 Pf. für die Klassen 1 bis 3 und 4 Pf. für die Klassen 4 und 5 bemilligt wird. Goldschmiedmonteure erhalten für Fahrstunden außerhalb der Arbeitszeit einschließlich einer Stunde vor Abgang des Tages 50 Proz. vom Lohn. Im übrigen bleibt es bei den bisherigen Vereinbarungen. Trotzdem von den Arbeitnehmervertretern die Unfugigkeit dieser Staffelnungen hervorgehoben wurde, blieb es bei dem Spruch. Einstimmig nahm die Versammlung folgende Entschlieung an: „Die am 23. Juli in den Sophienböden tagende Branchenversammlung der Bau-, Goldschmied- und Möbelschlosser nimmt Anstands von dem Schiedsspruch, der den Kollegen keine Lohnherabsetzung bringt, trotzdem in der letzten Zeit Lebensmittel und Miete gestiegen sind. Die Branchenversammlung beauftragt die Ortsverwaltung und Branchenleitung, sobald als möglich neue Schritte zur Lohnherabsetzung vorzunehmen.“

Zum Reichsmanteltarif der Gemeinbearbeiter.

Wie bereits mitgeteilt, ist der neue Reichsmanteltarif für die Gemeinbearbeiter Deutschlands in Kraft getreten, nachdem der Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen hat. Der neue Tarif enthält in bezug auf die Entlohnung der Arbeiter, soweit sie reichstatarisch geregelt ist, einige Veränderungen, die sich in der Praxis wie folgt auswirken werden:

Für Sonntagsarbeit wurde bisher ein Zuschlag von 50 Proz. zum Lohn gewährt. Nach dem neuen Tarif wird zwischen planmäßiger und nichtplanmäßiger Sonntagsarbeit unterschieden. Die nichtplanmäßige Sonntagsarbeit wird auch weiterhin mit einem Zuschlag von 50 Proz. gewährt, während für planmäßige Sonntagsarbeit nur noch 25 Proz. Zuschlag berechnet werden. Die alten Tarifbestimmungen, die die Bezahlung der Feiertage, die in Wochenarbeitsstage fallen, festlegten, sind auch in den neuen Tarif übernommen worden. Geändert ist aber die Bezahlung der an diesen Wochenfeiertagen geleisteten Arbeitszeit. Während früher Arbeiter, die an den genannten Feiertagen arbeiten mußten, nicht nur den Feiertag wie jeder andere Arbeiter bezahlt erhielten, sondern dazu noch ihren vollen Lohn, werden in Zukunft nur noch 50 Proz. des tariflichen Lohnes gezahlt. Diese Verschlechterungen sind u. a. mit Veranlassung dafür gewesen, daß der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband den Reichsmanteltarif abgelehnt hatte. Eine Verbesserung ist bei der Bezahlung der Krankheitsstage eingetreten. Bisher erhielten die Gemeinbearbeiter in Krankheitsfällen zu ihrem Krankengeld einen Zuschlag an Lohn, und zwar derart, daß im Höchstfalle ein Wochenlohn von 80 Proz. des Arbeitseinkommens erzielt wurde. Dabei wurde das Krankengeld mit sieben Tagen gerechnet. Nach dem neuen Tarif werden nur noch sechs Tage in Anrechnung gebracht. Das Wochenlohn erhöht sich dadurch um den Betrag des Krankengeldes für einen Tag.

Die englischen Bauunternehmer sperren aus.

London, 24. Juli. (B.Z.) Die Unternehmer des Baugewerbes haben heute beschlossen, die bisher aufgeschobene Verlängerung der Ausrüstung endgültig nach Sonnabend in Kraft treten zu lassen. (Es muß allerdings abgewartet werden, was dabei herauskommt. Etwa die Hälfte der englischen Bauarbeiter befindet sich gegenwärtig im Streik, während die andere Hälfte, entgegen der Anordnung der Unternehmerorganisation, zu neuen Bedingungen arbeitet.)

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Göttrich; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freizeiten: Dr. John Schifano; Volles und Sonstiges: Walter Kroll; Anzeigen: Th. Glaser; Samlich in Berlin; Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Bornhörs-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 3, Seite 3 Beilagen.

HERMANN Tietz

BILLIGE Lebensmittel

Verkauf sowohl Vorrat Mengenabgabe vorbehalten

Kolonialwaren	Gemüse	Frisches Fleisch	Wurstwaren	Käse
Bandnudeln ... Pfund 16 Pf.	Neue Kartoffeln 5 Pf. 25 Pf.	Kalbskamm Pfund 65 Pf.	Rotwurst Pfund 48 Pf.	Camembert ..Bsch. 23 Pf.
Weizenmehl ... Pfund 17 Pf.	Weisskohl Pfund 6 Pf.	Kalbskeulen Pfund 75 Pf.	Landleberwurst Pf. 65 Pf.	Romatour in Stanniol, St. 28 Pf.
Auszugmehl ... Pfund 19 Pf.	Wirsingkohl Pfund 8 Pf.	Hammelfleisch (Dicke Rippe) Pfund 75 Pf.	Mettwurst n. Braunsch. Art. ... Pfund 95 Pf.	Quadratkäse .. Pfund 35 Pf.
Tafelreis Pfund 19 Pf.	Möhren 5 Pfund 30 Pf.	Hammelrücken u. -keule .. Pfund 80 Pf.	Bauernmettw. .. Pfund 95 Pf.	Briekäse Pfund 55 Pf.
Weizengriess .. Pfund 20 Pf.	Einlogegurken Pfund 14 Pf.	Schweinebauch ohne Bällage Pfund 80 Pf.	Jagdwurst Pfund 1 10	Limburger Käse Pf. 65 Pf.
Malzgerste .. Pfund 20 Pf.	Grüne Bohnen .. Pfund 11 Pf.	Schulterblatt u. Schinken mit Bällage Pfund 85 Pf.	ff. Leberwurst .. Pfund 1 15	Tilsiter Käse Pfund 65 Pf.
Makkaroni Pfund 35 Pf.	Strudeläpfel Pfund 18 Pf.	Schweineköpfe gepökelt Pfund 28 Pf.	Teewurst Pfund 1 40	Dän Gouda Käse Pf. 75 Pf.
Diverse Zwelfrucht-Marmeladen Himer, ca. 2 Pfund 1 10		Gefrierfleisch	Frisch gebr. Kaffee aus eigener Rösterei Pfund 2 40	Frische Landeier Stück 10 Pf.
Portug. Oelsardinen Klabbode 38 Pf.		la Ochsenfleisch getrocknet Pf. 45 Pf.	Frische Landeier Stück 10 Pf.	
Rotbars Pfund 18 Pf.	Kabliau ohne Kopf, im Ganzen Pfund 18 Pf.	la Hammel-Vorderfleisch gefr. Pfund 65 Pf.	Seelachs ohne Kopf, im Ganzen Pfund 18 Pf.	Bücklinge Pfund 45 Pf.
Sonderangebot!				
1922" Oberh. Malzhammer 1 00	Zarragona weils, vorzüglich, 1/2 Pf. 2 25	Frankfurter Export-Apfelwein 1 75	1922" Dürk. Rotwein 1 50	1921" Aist. w. Eiten 2 25
Johannisbeerwein 1 00	Sonnengartner roter span. Süsswein, 1/2 Pf. 2 00	1/2 Liter 75	1922" Pomerol 1 85	1922" Königsbr. d. Mählweg Nat. ergen. Loh 2 22

Die Weinpreise verstehen sich ausschliesslich Flasche und Steuer!

Auch eine Art „Geld zu machen“.

Das lockende Preisausschreiben. / Billige Ware für teures Geld.

Beim Durchlesen der Tageszeitungen wird sich der Leser über die vielen Preisausschreiben wundern, die von Tag zu Tag immer mehr die Seiten füllen.

Schuhcreme „Marke unbekannt“.

Ein chemisches Werk in München veröffentlicht ein Silber-Rästel ganz leichter Natur und setzt für die Lösung dieses Rästels Preise im Wert von 540 M. aus.

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes 'Für Preise', '20 000 Dosen Schuhcreme', 'Jede hundertste Dose enthält 10 Pf.', 'Jede fünfhundertste Dose enthält 50 Pf.', 'Für Reklame'.

Es verbleibt ein glatter Uberschuß von 5 000 M., der in wenigen Tagen verdient ist.

Der „schwere“ Schüttelreim.

Für eine neuzeitliche Kur- und Pflegeeinrichtung wird auch eine Preisaufgabe gestellt, die man im Schlafe lösen kann, denn es handelt sich hier um einen Schüttelreim:

Rafte, hafte nie
Sonst holte Neuraithense.

Ein Schüttelreim, den jedes Kind schon einmal gehört hat. Es werden Preise ausgelegt im Werte von 100 000 M.

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes 'Selbstkosten für Broschüre', 'Für Preise', 'Für Reklame'.

An Einnahmen wären zu verzeichnen bei 100 000 Einsendungen 250 000.— M., und verbleibt ein Reinerdienst von 100 000.— M.

„Billige“ Florstrümpfe.

Eine andere Firma, die gern ihre Strümpfe los sein möchte, erläßt ebenfalls ein Preisrästel und verlangt, daß man der Lösung zwei Mark und 15 Pf. für Vorlopfen beifügt.

tual verteilt. Die Preisverteilung ist unter Ausschluß des Rechtsweges in jedem Falle gültig.

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes 'Für Preise', 'Für 100 000 Paar Socken oder Strümpfe an Selbstkosten', 'Für Reklame', 'zusammen 95 500.—'

So kann man auch hier mit einem glatten Reinerdienst von 100 000 M. rechnen, gleich 100 Proz.

Diese Beispiele lassen sich nach Belieben vermehren, es würde zu weit führen, sie alle aufzuführen.

Die Arbeiterzeitungen sollen derartige Inserate nicht aufnehmen. Die „Niedersächsische Arbeiterzeitung“, das Organ der R.P.D. vertritt aber eine andere Ansicht.

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes 'Für Preise', '200 000 Block Kernseife à 17 Pf.', 'Reklameaufkosten', 'zusammen 54 000.—'

Bei 100 000 Einsendungen hat die Firma 100 000 M. erhalten, und ihr verbleibt ein Reinerdienst von 48 000 M.

Der Tod im Wasser.

Die tödlichen Badeunfälle mehren sich. Täglich sind jetzt diese bedauerlichen Unfälle zu melden.

Automaten.

Es scheint, als sollten wir wieder Automaten kriegen, Automaten in jeder Form: hübsche und geschmacklose.

Das Beispiel der Eisenbahn hat seine Nachahmungen gefunden. Auf den Haltestellen der „Untergründlichen“ sind seit kurzem wieder „Einrichtungen für automatischen Verkauf“.

In einem östlichen Vorort wurde vor Jahresfrist einem Ehepaar die Hausreinigung übertragen. Es hat sich nun herausgestellt, daß dieses spekulative Ehepaar sofort mehrmals hintereinander an dritte Personen, die dafür ein Zimmer der Portierwohnung leer angewiesen erhielten, weitergab.

Der Portierkniff.

Man hielt ihn fest. Es ging wie flutende Erregung durch den Saal. Das war Beifall, echter, spontaner Beifall.

Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rastka.

Auch heute war sie ein Götterbild, doch keine Göttin der Liebe.

Es machte ihn traurig. Es war wohl am besten, man sah gar nicht hin.

Rom bewunderte ihn grenzenlos. Hatte man je einen besseren Schauspieler gesehen?

Nur Sisto di Branco las in diesem Gesicht. Für ihn ging es um alles.

Auch Livia war enttäuscht. Den Burschen da hatte sie niemals gesehen.

Wo war ihr Haß, ihr Eifer, die Verfolgungsjucht? Trauer spürte sie, nichts als Schmerz und Trauer.

Sisto! Weshalb sah er dort? Was sollte ihm ein Richter sagen? Er mußte wissen! Hätte alles — ungeschehen, ungehört — wissen können.

Da stand sie nun allein vor ganz Rom, und die Anklage begann. Nicht gegen sie, bewahre! Gegen den sizilianischen Burschen dort — und dennoch ganz und gar gegen sie.

Er wollte seine Mitschuldigen nicht verraten — es gab keine Zeugen — vielleicht aber würde er die Sache mit dem Briefe verraten. Vor ganz Rom. Vor Sisto.

Bisher hatte er geschwiegen. Ihr Abgesandter, ein einflußreicher alter Freund ihrer Familie, dem sie sich anvertraut hatte, war mehrere Male bei Adriani gewesen, und jedesmal hatte er dieselbe Geschichte erzählt, in der nichts von einem Briefe vorkam.

Und nun begann das Verhör. Es war sehr still im Saale.

„Ganz Rom sieht über mich zu Gericht,“ dachte Livia, „niemand glaubt.“

Der Prinz aber hörte nur Lachen, ganz wie damals, als all die Eitel auf seinem Hofe lachten.

Livia? Was scherte ihn noch diese Livia? Eine Quelle

der Pein war sie geworden. Er wünschte sie auf die entlegenste Insel im Ozean.

Renzo, dessen Advokat wie ein Puter hinter ihm hin und her gurrte, erzählte von seiner Reise nach Neapel, von der Nachbildung der Venus, die er dort gesehen, von seinem Verlangen nach dem Vorbilde, von der unstillbaren Sehnsucht, ihren Kopf zu gestalten, die Hand, den Arm.

Er sprach mit einer feinen Scheu, so daß mancher aufhorchte, der aus Neugier gekommen war.

Livia hörte gefesselt zu, doch ihre Gedanken sprangen vorwärts. Würde er von Bianca sprechen? Nun begab er sich auf die Reise nach Syrakus — was würde er sagen?

Renzo war es nie in den Sinn gekommen, Livia zu verraten. Wozu auch? Was konnte es ihm nützen? Er konnte nur einem anderen Menschen schaden. Hatte sie ihm nicht das höchste Glück gegeben, das sein Herz je gefühlt hatte? Wie ärmlich war dagegen die Erinnerung an Framettas Zärtlichkeiten.

Diese Frau da, jetzt so kalt und hart, sie trug dennoch ein Wunder in sich.

Und so überslog er alles, so schnell er nur konnte — man hatte ja Erdkundungen in Syrakus eingezogen, weshalb sollte er noch hierbei verweilen? — er sprach von dem Bild am Fenster zu Taormina.

Jetzt horchten auch jene atemlos, die nichts als Neugier kannten.

Es brannte in Renzo; alles sah er wieder! Doch er vergaß keinen Augenblick, daß er niemals vom Conte Sisto sprechen durfte. Sichere und reine Instinkte lenkten ihn. Er sprach nur von der wunderschönen Principeffa, deren Kopf, so herb und doch in allen Tiefen voll Süßigkeit, die Erfüllung all seiner sehnsüchtigen Träume, alles harten Ringens gewesen wäre.

Seine Stimme wurde unsicher, er sah zu Livia hin und auch sie, voll Dank für seine einfache Ritterlichkeit, neigte sich ihm innerlich zu. Sie hätte seinen Jungenskopf zwischen ihre Hände nehmen mögen.

Da glückte sie wieder jenem Götterbild, das er so lange in seinem Herzen geliebt hatte.

„So reißt doch den Felsen herunter,“ rief Renzo, „seht doch her!“ Er schüttelte seine gefesselten Hände wütend, hilflos in der Luft.

Renzo's Schilderungen waren so drastisch, so überzeugend: das würde er niemals loswerden. Nur fort, fort aus Rom.

Livia hatte sich zurückgelehnt. Das war ja wohl eine Rache des Geschicks, doch sie freute sich nicht.

Sie mußte sich im Banne von Sistos Gedanken, das war das Große, Abgründige. Sie mußte nicht, was diese Gedanken spannen.

(Schluß folgt).

Der Verfassungstag in Berlin.

Der diesjährige Verfassungstag, der 11. August, fällt auf den Montag. Die Feiern werden jedoch, um möglichst weiten Kreisen der Bevölkerung die Möglichkeit zur Beteiligung zu geben, am Sonntag, den 10. August stattfinden. Die großen republikanischen Parteien, Berlin und der Reichsbund haben mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine Vereinbarung getroffen, wonach sie selbst von eigenen Veranstaltungen absehen, sich aber so wohl in der Ausgestaltung als in der Beteiligung an den vom Reichsbanner vorgesehenen Festlichkeiten beteiligen. Ueber das Programm, das in großen Zügen bereits festliegt, kann bereits folgendes mitgeteilt werden:

Am Sonntag, den 10. August, vormittags um 11 Uhr, findet im Großen Schauspielhaus unter Mitwirkung des Philharmonischen Orchesters eine Verfassungsfeier statt, zu der die Spitzen der Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden eingeladen sind. Bei dieser Feier werden die Führer der großen republikanischen Parteien sprechen. Nachmittags um 2 Uhr treffen sich in den verschiedenen Teilen der Stadt die Mitglieder der einzelnen Kameradschaften, um mit Musik und Fahnen nach den 12 großen Gartenplätzen zu marschieren, in denen von 3 Uhr ab die Volksfeiern stattfinden. Am Abend finden in den einzelnen Stadtteilen von diesen Lokalen aus Fackelzüge statt.

Am Montag, den 11. August, findet am Vormittag die von der Reichsregierung veranstaltete Feier statt. Am Abend bemerkt sich vom Königsplatz aus ein großer Fackelzug, an dem mehr als 20 000 Fackelträger teilnehmen, die Linden entlang, bis zum Alexanderplatz.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bittet alle Republikaner, es nach Kräften in seinen Vorbereitungen zu unterstützen.

Die Feier des Verfassungstages in den Schulen.

Wie in den vergangenen Jahren wird, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, auch in diesem Jahre der Verfassungstag durch eine Feier in den sämtlichen Schulen begangen werden. Im Anschluß an den Beschluß des Preussischen Staatsministeriums hat der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung angeordnet, daß in einer würdigen Feier auf die geschichtliche Bedeutung dieses Tages eingehend hingewiesen wird. Unterzucht findet an diesem Tage nicht statt. Wo der 11. August in die Ferien fällt, ist bei Beginn der Ferien, oder, wo das nicht mehr möglich ist, bei Wiederbeginn des Unterrichts eine entsprechende Feier zu veranstalten.

Auf der Spur des Frauenmörders.

Der Täter ohne Zweifel der Stiefbruder der Ermordeten.

Das Ergebnis der neuesten Nachforschungen, die die Kriminalkommission des Preussischen Landgerichts unter Ausnutzung aller polizeilichen Hilfsmittel, auch des Rundfunks, mit ihren Beamten anstellen, ist, daß als Täter niemand anders mehr in Betracht kommt als der Stiefbruder der Ermordeten Frau Luise Röder, der 35 Jahre alte aus Dünempen gebürtige Polizeioberwachmeister Gustav Rebsdat, der bei der Schußpolizei in Hannover angestellt war, dort umgeben untergebracht und deshalb schon stiefbrüchlich gesucht wird.

Man wußte zunächst nicht, wer der Mann war, der die letzten 14 Tage bei Frau Röder sich aufhielt. Jetzt steht bestimmt fest, daß es ihr Stiefbruder, der genannte Oberwachmeister Rebsdat aus Hannover war. Jetzt ist festgestellt, daß er noch am vergangenen Sonntagabend in dem Hause in der Leibnizstraße 10 und in der Wohnung der Ermordeten gewesen ist. Wäre er nicht der Täter, so hätte er sich jetzt sicher schon gemeldet. Rebsdat wird nun von der Nordkommission mit allen Mitteln gesucht. Der Verfolgte ist 1,75 Meter groß, hat schwarzes krauses Haar, dunkelbraune Augen und eine auffallend dunkle Gesichtsfarbe, ging bisher glatt rasiert und trägt einen Schlapphut oder eine blaue Segelkappe mit einem Abzeichen und einen abgemessenen blauen oder grauen Anzug. Er spricht außer Deutsch auch gut Französisch. Ueber sein Vorleben konnte festgestellt werden, daß er eine Abenteuerlust hat, eine Art verbummeltes Genie. Wieviel Anzeiger er als Oberwachmeister der Schußpolizei in Hannover unterrichtet, ist noch nicht bekannt. Seit mehreren Wochen war er flüchtig. Es ist anzunehmen, daß er schon mit dem Gedanken nach Berlin gekommen ist, sich von seiner Stiefschwester auf irgendeine Weise Geld zu verschaffen. Zuletzt hatte er sie vor 5 Jahren besucht. Vor 14 Tagen tauchte er plötzlich in der Leibnizstraße wieder auf. Jetzt erzählte er, er sei Kriminalbeamter und von seiner Behörde mit einer ganz besonders schwierigen und geheimen Untersuchung betraut. Rebsdat ist aber ein Kriminell, der unter gewissen Umständen auch seine Spur, wurde vielmehr selbst als ungetreuer Oberwachmeister von Hannover gesucht. Den geheimen Auftrag erhielt er wohl nur, um seiner Stiefschwester eine Lebensversicherung zu machen. Er kam nämlich seitdem vor 3 Uhr früh, öfter auch die ganze Nacht nach Hause. Gebraut hat der Röder 200.000 Rentenmark in Silbergeld, 23 amerikanische Dollar, eine rote Brieftasche mit etwa 30 R. Papiergeld, ein Familienalbum und 3 Flaschen Sekt. Alle diejenigen, die Rebsdat's Bekanntschaft gemacht haben, vielleicht unter einem anderen Namen, werden ersucht, sich unverzüglich bei den Kriminalkommissionen Berlin und Johannes Müller im Zimmer 55 des Polizeipräsidiums zu melden. Auch diejenigen, die wissen, wann und wo in den letzten Tagen auffallend viel Silbermünzen in Zahlung gegeben oder umgewechselt worden sind, ferner, wo die geräuberten 3 Flaschen Sekt getrunken worden sind und mit welchen Frauen ein Mann wie der beschriebene Beziehungen angeknüpft oder anzuknüpfen versucht hat.

Alt muß sie sein . . .

Ein mehr als eigenartiges Befallsleben scheint in dem kaum zwanzigjährigen Arbeiter Paul B. aus Potsdam zu stecken. B., der schon wegen Sittlichkeitsverbrechens vorbestraft ist, mußte sich in der letzten Sitzung des Potsdamer Schöffengerichtes wegen Vergehens gegen die §§ 177 und 176 Abs. 1 verantworten. Der Angeklagte hat eine ausgesprochene Vorliebe für alte Frauen. Im Mai dieses Jahres traf der junge Mensch in Redlig bzw. Jahrland eine 55jährige und später eine 60jährige Frau. Er belästigte sie in unsittlicher Weise, versuchte die Frauen zu vergewaltigen und bedrohte sie mit dem Tode. Der als Sachverständiger geladene Kreisarzt, Medizinalrat Dr. Geißler, gab sein Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte ein geistig nicht ganz vollwertiger Mensch sei. Alle Frauen scheinen auf den Angeklagten einen besonderen Anreiz auszuüben. Den § 51 hielt der Sachverständige aber nicht für anziehbar. Das Urteil erging auf 1 Jahr 6 Wochen Gefängnis unter Zuhilfenahme mildernden Umstände.

Von juristischer Seite wird uns zu dem Urteil geschrieben: Das Gericht hat durch sein wenig verständliches Urteil weder dem unglücklichen jungen Menschen in seinen ferneren Räten geholfen, noch für die Sicherheit aller Frauen in Zukunft gesorgt. Es handelt sich in diesem Fall zweifellos um einen ausgesprochen abnormen Menschen. Das erstmal war er wegen erbitenmörderischer Handlungen vor schulpflichtigen Mädchen mit Gefängnis bestraft worden; nun ist er es für Vergewaltigungsversuche an allen Frauen. Es wäre natürlich unzulässig gewesen, ihm den § 51 zuzubilligen und ihn hinterher laufen zu lassen. Ebenso unzulässig erscheint es aber, ihn ins Gefängnis zu stecken. So steht die Öffentlichkeit immer wieder vor der Frage: Wie schützt man die Gesellschaft vor sexuellen Verbrechen? Man tut es in keiner Weise und züchtet so Ungeheuer wie Großmann und Haar-

mann heran. Auch die begannen ihre Laufbahn der Unzuchtverbrechen in dem reifen Alter von 18 bis 20 Jahren; auch ihnen sollte das Gefängnis die erforderliche Heilung bringen. Was aus ihnen geworden ist und was sie aus ihren Opfern gemacht haben, ist ja bekannt.

Des Ehrenobermeisters Ende.

So ruhm- und klanglos sich das Ende des einstmaligen mächtigen Präsidenten der Handwerkerkammer, Karl Rahardt, gestaltet hat, so unbemerkt ist auch der Prozeß gegen ihn verlaufen. Und doch verdienen es die beiden Rahardt-Prozesse, daß wenigstens einige Momente aus der Unmasse des zusammengebrachten Stimmmaterials der Kriegs- und Nachkriegszeit für die zukünftigen Geschlechter zusammengefaßt und festgehalten werden.

Rahardt war 19 Jahre Obermeister der Tischlerinnung, dann Präsident der Handwerkerkammer. Als rechtsstehender Mittelstandsleiter, als Beschützer des Handwerks führte er einen zähen und rücksichtslosen Kampf gegen die Gewerkschaften, gegen die Tarife, für niedrige Löhne und lange Arbeitszeit. Deshalb fand er auch gebührende Schätzung durch die „allerhöchste“ Stelle, und so wurde er als erster Vertreter des Handwerks von Wilhelm dem Lehten in das Herrenhaus berufen. Der selbstherrliche Herrscher Deutschlands hatte das nötige Verständnis für den selbstherrlichen Beherrscher des Handwerks. Und wie Wilhelm in seinen manischen Macht- und Ruhmgelüsten mit die Schuld am Weltkrieg trug, so lobtete in seinem Herrenhausmüßiggang Rahardt die verderbende Flamme der Habsburger auf sich auf Kriegskosten zu bereichern. Die Nachkriegszeit mit der Liquidation der verschiedenen Heeresbestände veranschaulicht dieses Bild. Es begann ein Tanz um das goldene Kalb. Dabei waren die rücksichtslosen Ruhmstriebe der Kriegs- und Nachkriegszeit, dazu gehörte Karl Rahardt mit Sohn und Anhang. Ruhmstriebe war selbst der Reichskommissar Schimmel, waren all die Deutschen und jetzt Ausländer, die in Danzig und nicht allein in Danzig frei herumlaufen dürfen. Dieses Stimmbild einwandfrei, in großem Ausmaß nochmals ausgemalt und festgehalten zu haben, ist das Verdienst der beiden für den Staat so kostspieligen Rahardt-Prozesse.

Rahardt hat einen zähen Kampf gegen die Hebung der Lebenshaltung und somit gegen den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse geführt. Dem durch die wirtschaftliche Entwicklung zum Untergang verurteilten Handwerkerstande wollte er auf Kosten der Arbeiter neuen Atem einhauchen. Reaktionäre Gewalten begünstigten ihn in diesem Kampf, indem Kriegserklärungen in erster Linie dem so vielfach kriegsfeindlichen kleinen Handwerker zugehen. Und Rahardt wurde für seine Verdienste mit Ehren überschüttet, wurde zum Ehrenobermeister erhoben. Er aber trieb in den letzten Jahren Günstlingswirtschaft. Und als das Volk einschließlich Handwerk — das früher zum Teil durch Kriegsvorbereitungen sein Dasein fristete — nun durch den Krieg ins ungeheure Unglück gestürzt wurden, da übte der Ehrenobermeister Verrat an seinen Schülern: sein Geld verwendete er zu eigenen Zwecken. Allein über 2 400 000 Goldmark stießen in die Kasse seines Sohnes. Untreue, Bestechung, Betrug, Reitenhändel und wie alle die juristischen Dinge heißen mögen, wurden ihm zur Last gelegt. Der Sittenschilderer der Zeit wird an Rahardt und Genossen nicht vorübergehen dürfen. Sein Name wird neben manchen anderen zum Kaffe-Typus der Kriegs- und Nachkriegszeit werden.

Das Urteil im Rahardt-Prozess rechtskräftig.

Da sowohl die Angeklagten als auch der Staatsanwalt auf eine Berufung gegen das vom erweiterten Schöffengericht Mitte erkannte Urteil verzichtet haben, ist dasselbe nunmehr rechtskräftig geworden. Karl Rahardt hat inzwischen genau drei Viertel der gegen ihn verhängten Gesamtstrafe verbüßt. Infolgedessen haben die Rechtsanwältin Dr. Koetter und Dr. Rautenburg den Antrag gestellt, ihm die Reststrafe mit Rücksicht auf sein hohes Alter und seine Kränklichkeit auf dem Wege der bedingten Begnadigung zu erlassen.

Der verschwundene Artist Wilken.

Auch ein Opfer des Massenmörders Haarman?

Die Verbrechen des Massenmörders Haarman in Hannover beschäftigen jetzt auch die Berliner Kriminalpolizei in 8 Fällen. Mit der Nachprüfung dieser Fälle ist Kriminalkommissar Strewe betraut worden.

In 7 Fällen von vermischten jungen Männern läßt sich noch nichts sagen. In einem Falle aber erscheint Haarman bereits bringend verdächtig, den Vermissten beiseite geschafft zu haben. Es ist dies ein Arbeiter und Artist Friedrich Wilken, der seit März dieses Jahres verschwunden ist. Wilken erschien eines Tages bei dem Vorstehenden seines Vereins in Hannover, den er kennen gelernt hatte, und fragte ihn seine Postage. Er sah sehr abgeriffen aus und hatte keine Arbeit. Der Vorstehende nahm sich seiner an und fragte ihn, er wolle sehen, ob er ihm Arbeit verschaffen könne. Während dieser Unterhaltung kam zufällig ein Mann dazu, der sich Geheimagent nannte. Dieser erbot sich, sich um eine Stellung für Wilken zu bemühen und nahm ihn gleich mit. Der Vorstehende, dem die Sache mit dem Geheimagenten und seiner Stellenvermittlung doch nicht so ganz sicher vorkam, gab dem jungen Manne zwei Mark mit auf den Weg und bat ihn, ihn gleich zu benachrichtigen, wenn er etwas gefunden habe, oder wenn nichts daraus geworden sei. Wilken ließ aber nichts von sich hören. Nach drei Tagen traf ihn der Mann zufällig auf der Straße. Er war jetzt neu eingekleidet und erzählte, der Geheimagent wolle ihm eine Stelle als Landarbeiter im Hofsteinstein verschaffen. Seitdem hörte er nichts mehr von Wilken. Jetzt ergab sich, daß dieser Geheimagent niemand anders war als Haarman. Sollte jemand über den Verbleib Wilkens etwas wissen, so wird er ersucht, Kriminalkommissar Strewe im Berliner Polizeipräsidium Mitteilung zu machen.

Reichswehr als Straßenzwangsarbeiter?

Am Sonntag, den 20. Juli, abends 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, gingen 7 Mitglieder der „Sozialistischen Arbeiter-Jugend“, die mit anderen eine Tagesfahrt gemacht hatten, auf ihrem Heimwege durch die Kirchhoffstraße in Fürstenwalde. Sie führten ihren Jugendwimpel mit, wie ihn alle Jugendorganisationen haben. In der Ecke Kirchhof- und Hofstraße vor Turnhalle 1 stellten sich ihnen 5 Reichswehrsoldaten vom Reiter-Regiment Nr. 9 entgegen. Sie rissen sofort nach dem Wimpel und ließen sich trotz der in aller Ruhe vorgebrachten Proteste nicht davon

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 25. Juli.

Tageseintellung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.35 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.

5.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 7.30 Uhr abends: Vortrag des Herrn Dr. Max Heidler: „Etwas vom Staubwischen“. 8 Uhr abends: Vortrag des Herrn Regierungsrats Dr. Zacher: „Schadlingsbekämpfung vom landwirtschaftlichen Standpunkt“. 9—10 Uhr abends: Konzert. 1. Larghetto, Nardini, Nicolaus Lumbinon (Violine). 2. a) Die Mutter an der Wiege, b) Canzonetta, c) Niemand hat's gesehen. Loewe. Dora Bernstein-Börner. 3. Gedichte, Wedekind, Kurt Gerron (Rezitation). 4. a) Die Spröde, Spanisches Volkslied, b) Gondollers, Brüll, c) Das mitleidige Mädel, Philipp, Dora Bernstein-Börner. 5. Polonaise A-dur, Wieniawsky, Nicolaus Lumbinon (Violine). 6. Gedichte, Otto Sommerstorf, Kurt Gerron (Rezitation). 7. a) Winterlied, Kolb, b) Sérénade d'amour, Waldau, Guido Giardini (Kunstpfeifer). Am Steinway-Flügel: Kapellmeister Otto Urack. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten.

abhalten, den Wimpel abzureißen. Sie saßen dabei auch gleich an das Seitengewehr und hätten bestimmt gegen die Jugendlichen blank gezogen, wenn diese ihre Säuben gegen diesen Diebstahl fortgesetzt hätten.

Dieser Vorfall ist dem Regimentskommandeur des Reiterregiments Nr. 9 unter Beförderung des Hauptleiters und der Namensnennung eines uninteressierten Zeugen mitgeteilt worden. Weiter hat der Reichswehrminister von der „Sozialistischen Arbeiterjugend“, Ortsgruppe Fürstenwalde, einen Bericht erhalten und man darf gespannt sein, was die hoffentlich recht bald eingeleitete Untersuchung für ein Ergebnis bringen wird.

Die Arbeiter-Kulturwoche in Leipzig.

Eine Heerschau und eine großzügige Zusammenfassung alles dessen, was sich immer stärker mit dem Wort Arbeiter-Kultur ausdrücken läßt, findet als eine Arbeiter-Kulturwoche in den Tagen vom 1. bis 6. August in Leipzig statt. Das Programm wird sich wie folgt gestalten:

Sonnabend, den 2. August, abends: Begrüßungsfeier im großen Saale des Leipziger Volkshauses.

Sonntag, den 3. August: Morgenfeier der Jugend in der Oberhalla. Aufführung von Tollers „Wandlung“.

Montag, den 4. August: Reichskonferenz der Bezirksbildungs-ausschüsse, Reichstagung der Studenten, Tagung des Reichsausschusses der Arbeiterjugend Deutschlands, zweite Aufführung der „Wandlung“ in der Oberhalla, öffentliche kulturelle Rundgebung (Löbe, Radbruch, Bohm-Schuch u. a.).

Dienstag, den 5. August: Kulturkonferenz, Besichtigung der Buch- und Kunstausstellung.

Mittwoch, den 6. August: Lehrtag oder Besichtigungen, Schlusfeier „Samson“ von Handel, Chorwerk durch den Volkshor Leipzig.

Um möglichst großen Kreisen der Berliner Genossen die Teilnahme zu ermöglichen, werden zwei Gesellschaftsfahrten veranstaltet. Die eine geht am Sonnabendnachmittag 3.10 Uhr vom Anhalter Bahnhof ab und am Sonntagabend 7 Uhr von Leipzig zurück. Teilnehmerkarte einschließlich Fahrt, Festteilnahme, Ueberrachten, Mittag- und Abendessen 18 M. Die zweite Fahrt umfaßt die ganze Kulturwoche, Rückfahrt Donnerstag früh, Teilnehmerkarte, einschließlich Hin- und Rückfahrt, Teilnehmer- und Eintrittskarten, fünfmal Ueberrachten, Mittag- und Abendessen 33 M. Wenn die Teilnehmer Benutzung eines Sonderzuges zur Hinfahrt ermöglicht, Abfahrt nachmittags 2 Uhr, Ankunft in Leipzig 5 Uhr und entsprechende Preisermäßigung.

Reservierungen nehmen schon jetzt entgegen (bis spätestens 30. Juli): A. Wunderling, Karlsbad 4 (Tel.: Kollendorf 4171), Leonhard Zucht, Frankfurt Allee 313 IV, H. Blenke, Raunynstr. 91, Reichs- und Peters, Wittenbergplatz 3, Allgemeiner Verband der Sant-angestellten, Französische Str. 21, Buchhandlung Paul Große, Petersburger Str. 42, Buchhandlung A. Schwarz, Jägerstr. 61, Batwäris-Buchhandlung, Lindenstr. 3, A. Horch, Jägerstr. 61, Engelauer 24 (Gewerkschaftshaus), Labarbertriebgesellschaft, Inselstraße 6, Wilhelm Klein, Niederhörnstraße, Spreest. 16, Paul Hoffmann, Oberhörnstraße, Deust. 13, A. Wunderling, Friedrichshagen, Viktorstr. 16a.

Der „Prinz von Hsenburg“.

Der Hochstapler mit politischem Einschlag.

Große Schwierigkeiten bereitet den Behörden die Enttarnung eines Schwindlers, der unter hochtönenden Namen auftrat und lange Zeit zahlreiche Hotels und Autofirmen brauchte. Der 4. großen Ferienstrafkammer des Landgerichts I wurde der Kaufmann Alexander Rogge vorgeführt, um sich wegen zahlreicher Betrügereien zu verantworten.

Der Angeklagte wollte aber unter keinen Umständen Rogge sein. Dazu hatte er seine guten Gründe, denn dieser Rogge hat ein ganz respektables Etablissement aufzuweisen, er ist schon wegen Betrugs und Raubverbrechen mehrfach vorbestraft. Unter seinen Vorstrafen ist auch ein Betrugsfall, den er als Angestellter des Restaurants im Reichstag begangen hat, wo er die Abrechnungen mit den Rechnern vorzunehmen hatte und dabei große Unterschlagungen beging. Nach Verbüßung dieser letzten Strafe hatte sich Rogge auf das Gebiet der politischen Hochstapelei gelegt. In Bagnern war er in Offiziersuniform aufgetreten und nannte sich Prinz Hans Horst von Hsenburg-Braunjels und ähnlich. Im November hatte er im Hotel Bristol in Berlin Zimmer bestellt und war dann auch dort mit „seinem“ Auto vorgefahren. Er tat sehr geheimnisvoll und gab an, daß er aus gewichtigen Gründen inognito reisen müsse und wünschte, Oberleutnant Baron von Ohr aus Rürnberg genannt zu werden. Nachdem er es sich in dem Hotel hatte mehrere Tage gut sein lassen, fuhr er nach Hamburg. Dort ließ er das Auto im Stich und verließ dabei er auch wieder verpackt, die Rechnung zu bezahlen. Das Auto hatte er von einer Automobilfirma entliehen und mit Schicks auf eine Mittelstandsbank in Nürnberg die Leihgebühr bezahlt. Hinterher erwiefen sich die Schicks als unangebracht. In Hamburg entließ er von einer Automobilfirma wiederum ein Auto, angeblich, um einen Staatskommissar aus Würzburg abzuholen. Diesmal trat er als Polizeikommissar auf. In lustiger Fahrt ging es nun nach Würzburg, Münden und Kassel. Das Auto schickte er von hier zurück und tauchte dann in Berlin auf, wo er sich ein neues Auto entlieh, angeblich um aus Koburg einen Bekanntschaften abzuholen. Vor Gericht bestritt der Angeklagte mit aller Entschiedenheit, mit Rogge identisch zu sein. Er blieb dabei, daß er der Prinz Hsenburg sei und gab als seine Mutter eine Prinzessin Maria Martha v. Hohentelch-Schillingfürst an. Diese Rolle spielte er auch weiter, als ihm entgegengehalten wurde, daß sein eigener Vater, der Photograph R., in ihm seinen Sohn wiedererkennen hätte. Eingestanden wurde von ihm nur, daß er auch den Vornamen den Namen Rogges benutzt habe, weil dieser ihm ähnlich sehe. Unter solchen Namen habe er auftreten müssen, da er in geheimen Missionen als Verbindungsoffizier und Parteisekretär der nationalsozialistischen Arbeiterpartei zwischen Nord- und Süddeutschland hin und her reisen mußte. Außerdem werde er vom Staatsgerichtshof wegen seiner Beteiligung am Rapp-Putsch und an der Ermordung von Rosa Luxemburg gesucht. Aus der Beweisaufnahme ergab sich, daß der „Prinz“ sehr häufig zufällig kein Kleingeld bei sich hatte und dann auch noch die Geschäftsführer der Hotels und Autofirmen anpönte. Staatsanwaltschaftsrat Latté bezeichnete den Angeklagten als einen Kavalierverräter, der nicht bloß mit dem einen gerichtsbekanntem „großen Unbekannten“ arbeite, sondern gleich mit einer ganzen Legion von Unbekannten. Entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts kam die Berufsstrafkammer zur Bestätigung der gegen Rogge vom Schöffengericht Mitte erkannten Strafe von 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis.

Schwer bestraffter Landesverrat.

Vor dem Ersten Strafsenat des Kammergerichts unter Vorsitz von Kammergerichtsrat Geh. Justizrat Geäder hatten sich der Ratsoffizier (Verwaltungsrat) Böllwer und der Angestellte Burgsdorf wegen gemeinschaftlichen vollendeten Landesverrats zu verantworten. Die Angeklagten wurden schuldig befunden, an Frankreich geheime Dienstbücher über das Marinestützpunktsverhältnis zu haben und wurden zu je acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Festnahme eines Wäfflings. Nachmittags wurde der 30 Jahre alte Monteur Kurt Heinide aus der Linienstraße im Walde gegenüber der Strafanstalt Wäfflinger von Spaziergängern dabei betroffen, als er mit einem sechsjährigen Mädchen unsittliche Handlungen vornahm. Er wurde festgehalten und der Polizei übergeben.

Erneuerung der Straßenbahn.

Die Berliner Straßenbahn wradt jetzt alle älteren ausgemusterten Wagen ab. Die Eisenteile werden als Schrott verwandt. Es sollen rund 400 neue Trieb- und 500 neue Anhängerwagen ganz neuer Konstruktion und von leichter Bauart, aber nichtsdestoweniger größerer Fassungsvermögen, nach Fertigstellung in den Betrieb eingestellt werden, der dadurch eine ganz wesentliche Förderung schon in der nächsten Zeit erfahren wird. Dann wird die Drängelei zu gewissen Zeiten ein Ende nehmen.

Ferner treten am 22. Juli bei folgenden Linien Fahrpländeränderungen ein: 1. Die Linie 13 Gohlisstraße Ecke Turmstraße—Bahnhof Frankfurter Allee wird in zwei Linien aufgeteilt, indem jeder zweite Wagen dieser Linie von der Frankfurter Allee unter der Liniennummer 113 nach dem Lichtenberger Stadtkil Bahnhof-Rummelsburg durch die Boghogener Straße, Moritzstraße, Karlshorster Straße, Prinz-Albert-Straße bis zur Süd-Straße bzw. zurück über Stadthausstraße, Viktorienstraße, Türschmidtstraße geführt wird. — 2. Anstelle der Linie 87 Steglitz-Stadtpark—Köpenick werden zwei Linien je im 15-Minutenverkehr eingerichtet, und zwar Linie 87 Köpenick—Behrenstraße, Ecke Moritzgrabenstraße (Wienführung ab Leipziger Straße über Charlottenstraße, Französischer, Markgrafenstraße, Behrenstraße.) Linie 88 Bahnhof Treptow—Steglitz-Stadtpark. Nach Bedarf werden die Züge bis Baumhulsenweg durchgeführt. — 3. Die Abfahrtszeiten der Linie 61 ab Stadtpark Steglitz werden zwei Minuten später gelegt.

Dank des Reichspräsidenten an das gastliche Oesterreich.

Der Reichspräsident hat gestern den Landeshauptmann Burisch und den Landesrat Helmer des Landes Niederösterreich empfangen. Die Herren sind anlässlich der Rückkehr des letzten Sonderzuges mit deutschen Kindern aus Niederösterreich nach Berlin gekommen. Im Laufe eines Jahres hat das Land Niederösterreich an-nähernd 25000 deutsche Kinder aus allen Teilen des Reiches bei sich aufgenommen. Die letzten Kinder sind jetzt neugefräßig und völlig ausgeheilt zurückgekehrt. Der Reichspräsident hat den Vertretern des Landes Niederösterreich den herzlichsten Dank des deutschen Volkes für diese umfassende Hilfe in schwerer Zeit zum Ausdruck gebracht. Auch Reichskanzler Marx hat die Herren empfangen und namens der Reichsregierung seinen Dank für die Aufnahme deutscher Kinder ausgesprochen.

Milchpreise. Auf Grund der mit den am Berliner Milchverkehr Beteiligten getroffenen Vereinbarung beträgt vom 26. Juli ab er. für den Verkauf der Stadt Berlin der Preis für Vollmilch vom Kleinhandler an den Verbraucher 30 Pf., aus Anstalten an den Verbraucher 33 Pf., der Preis für Magermilch 9 Pf. Die A-Milch-laxien werden mit 1/2, die B-Milch-laxien sowie die Karten für werdende Mütter (C-Karten) mit 1/2 Liter Vollmilch beliefert.

Eindbruch in einer Korbfabrik. In der Nacht zum Donnerstag sind die Kontorräume der Korbfabrik Wegner, Berlin, Andreasstr. 23, von Eindringern heimgesucht und ist u. a. der eiserne Schrank erbrochen worden. Den Dieben ist nur ein geringfügiger Betrag für die gehaltenen Nähen in die Hände gefallen. Für die Ermittlung der Täter zahlt die Firma eine angemessene Belohnung.

Drei Tage auf einem Friedhof verstreut. Um 2 Uhr nachts wurde die 19jährige Käthe L. aus der Andreasstraße in Berlin an dem Friedhofshagener Kirchhof aufgegriffen. Sie hatte sich dort drei Tage und drei Nächte aufgehalten. Man übergab sie dem 242. Polizeirevier, wo festgestellt wurde, daß sie in einer Stellung in Karlshorst 80 M. entnommen und nun aus Furcht vor Strafe nicht gewagt hatte, sich wieder dorthin bzw. nach Hause zu begeben.

Die städtische Baupolizei, Bezirk Mitte, hat sich infolge starken Andranges des Publikums veranlaßt gesehen, die bisher werktäglich von 9—10 abgehaltene Sprechstunde um eine Stunde täglich zu verlängern und auf die Zeit von 9—11 Uhr werktäglich festzusetzen. Die Sprechstunden finden im Stadthaus, Zimmer 118, statt. Außerhalb dieser Zeit kann die Abfertigung des Publikums nur in ganz dringenden Ausnahmefällen erfolgen.

Neuer Schwimmunterrichtskursus für Schüler im Sportbad Halensee. Der am 4. Juli d. J. begonnene städtische Schwimmunterrichtskursus für Schüler und Schülerinnen hat ein über-raschend günstiges Ergebnis gehabt. Ein wesentlicher Teil der jungen Unterrichtsteilnehmer konnte bereits freischwimmen. Das Bezirksjugendamt beabsichtigt deshalb sofort mit einem neuen Unterrichtskursus zu beginnen. Um weitesten Kreisen die Beteiligung zu ermöglichen, ist der Preis der Karte auf 5 Mark herabgesetzt worden. Karten sind erhältlich im Bezirksjugendamt Wilmersdorf, Sildgardstr. 4, eine Treppe, Zimmer 10, wochentags von 9—12 Uhr. Es wird noch darauf hingewiesen, daß, soweit Platz vorhanden, auch Schülern aus Nachbarbezirken die Teilnahme am Unterricht gestattet wird.

Die „Oesterreichische Liedertafel“, bestehend aus 100 Mann, veranstaltet am Sonnabend, den 26. Juli, ein großes Gesangsconcert im H. a. v. Porträts von Wimmerhöfen, u. a. den Salzer von der schönen blauen Donau mit Orchesterbegleitung. Eine große Illumination des Parkes und ein Feuerwerk werden dem Fest verschönern.

Ein öffentliches Gesangsconcert gibt der **Reinische Männerchor** Berlin 1900 heute, Freitag abend, 7 1/2 Uhr, im Norden auf dem Brunnenplatz.

Holzspielzeug: Wagen, Purpen, Tiere, zeigt die Bestreute, gemeinnützige Gesellschaft, in ihren Räumen, W. 35, Knabeburger Str. 7. Wer Spielzeug verschleusen will, sollte, möglichst mit Kindern, diese lustige Ausstellung, die werktäglich von 10—7 Uhr geöffnet ist, besuchen.

Zwei Hinrichtungen in Bayern. Am Donnerstag früh wurden im Landesgerichtsgefängnis Landshut der ledige Anstreicher Hutterer aus Landshut und der Gütter Fischer aus Gröben durch Enthauptung hingerichtet, nachdem der Ministerrat von dem Recht der Begnadigung keinen Gebrauch gemacht hatte. Die beiden hatten im vorigen Jahre die Gätterfrau Fischer in Gröben ermordet.

20 Kinder bei einer Kinopartie getötet. In einem Kino in Beracruz fing das Filmband Feuer. Die Zuschauer, die eine Feuers-brunst befürchteten, stürzten in höchster Panik aus dem Saal. Bei dem Gedränge, das an den Türen entstand, wurden zahlreiche Per-sonen unter die Füße getreten. 20 Kinder wurden getötet und 17 schwer verletzt.

Verhaftungen in der Koblenzer Unterschlagungsangelegenheit. Im Zusammenhang mit den Unterschlagungen bei der Reu-bauabteilung des Reichsbermögensamtes sind in der letzten Zeit verschiedene Verhaftungen vorgenommen worden. So wurde gegen Ende der vorigen Woche der Maurer Genz, vorgelesen der Baumeister Lange in Luxemburg ver-haftet. Beide befinden sich in Untersuchungshaft.

Großfeuer in Harzgerode. Das städtische Harzgerode wurde von einem Großfeuer heimgesucht. Ein Brand, der in einem Hause in der Augustenstraße ausbrach, verbreitete sich schnell über den benachbarten Häuserkomplex. Die alten Holz-bauten, fünf Häuser umfassend, brannten gänzlich nieder. Kenn-familien sind obdachlos. Die Ursache des Feuers ist noch nicht ermittelt.

Blutiges Familiendrama. Ein khorvolles Familiendrama spielte sich, wie aus Neuvergn gemeldet wird, im benachbarten Orte Hageböl ab. Der Altknecht Antons erlag keine krank im Bett liegende Schwiegertochter mit einem Knüttel. Nach der Tat erhängte er sich mit seiner Frau im Stoll.

Aus Heilbädern und Sommerfrischen.

Billiger Erholungsanstalt für den geistig arbeitenden Mittelstand. Das Erholungsheim Kurbad Seebad Räderdorf, am romanti-schen Kalksee in der Nähe Berlins gelegen, bietet allen, die in der Lage sind, eine kurze Zeit ausspannen zu können, außerordentlich billige und gastliche Unterkunft. Der Preis beträgt 20, 3,50 für volle Pen-sion. In den Erholungsheimen Eigersburg i. Thür. und Helgoland sind bei gleicher Regelung noch einige Plätze im August zu vergeben. Auskunft erteilt die Genossenschaft Deutsche Volks-erholungsbeirte, e. V. m. b. H., Berlin C. 2, Poststr. 10/11, Merkur 418.

Sommerfrische Tännenberg. Unter Parteigenosse Anton Grieb, dem Wändener und Schwabinger Genossen wohlbekannt, hat in Tännenberg bei Hirschfeld (Oberpfalz) in einem behaglich-lustlich ausgestatteten Heim eine Pension eröffnet, die besonders gern Genossen und Genossinnen für längeres oder längeres Verweilen gegen geringen Pensio-npreis anheimelt. Das Haus liegt in romantisch schöner Lage mit weitem Fernsicht circa 600 Meter über dem Meer und ist eine Ausruhe für milde Kerben. Entzogen an Anton Grieb, Tännenberg bei Hirschfeld, Oberpfalz.

Das Kreis-Eisenmoorbad Liebenwerda, ein freiesonnes kommunales Unternehmen auf gemeinnütziger Grundlage, ist im Jahre 1923 renoviert und ganz modern eingerichtet worden und hat in diesem Jahre seinen Kur-betrieb in vollem Umfang wieder aufgenommen. Das Bad, im Tal der schwarzen Elbe gelegen, ist von Berlin (Anhalter Bahnhof) in 2 1/2 Stunden zu erreichen; es stellt beste Wetterfolge an. Ein besonderer Vorzug ist, daß Kurkarte nicht erhoben wird und daß alle Kurmittel besonders preiswert sind und der Aufenthalt nicht teuer ist. Auskunft erteilt die Bade-direktion.

Bad Salzungen am Teutoburger Walde. Bis Mitte Juli waren 12048 Kurgäste hier eingetroffen, das bedeutet gegen das Vorjahr bis zur gleichen Zeit ein Mehr von rund 600 Gästen. Gegenwärtig mögen reichlich 4000 kurbadende Besucher hier weilen, doch ist der vor einigen Wochen zutage tretende Wohnungs-mangel behoben worden. Das Salzungen ist aber auch von der Natur besonders reich bedacht. Aus-gedehnte Laub- und Tannenwälder umgeben den Ausläufer des Lipptischen Hügellandes umrahmen diesen Kurort. Während die umfange-reichen Grabmalwerke die Luft mit Salzreihen in solchem Maße erfüllen, daß man glaubt, Seehut zu atmen. Die See für Unersucht und Verpfle-ung sind mühsa zu nennen. Diese bewegen sich zwischen 4,20 und 9 M., in erstklassigen Hotels entsprechend höher. Auskunft und Verbe-schriften durch die Lipptische Badeverwaltung und alle Reise- und Ver-kehrsvereine.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind bis an das Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3, baldigst einzureichen.

Achtung, Kreisleiter!

Die Namen der in den Abteilungen der einzelnen Kreise gewählten Delegierten zum Bezirkskongress sind kreisweise zusammen-zustellen und mit genauer Adresse versehen dem Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3, baldigst einzureichen.

Heute, Freitag, den 25. Juli:

44. und 45. Wkt. 1/2 Uhr Treffpunkt aller Parteigenossen zwecks wichtiger Mit-teilungen im Reichsbüro des Hof. Reichsbüro, Str. 147.
51. Wkt. Reichsbüro. Täglich 1/2 Uhr bei der Genossin Godeanu, Kaiserstr. 83.
114. Wkt. Röhrenberg. Die für heute angekündigte Funktionärskonferenz findet erst 14 Tage später am Freitag, den 8. August, statt.

Morgen, Sonnabend, den 26. Juli:

121. Wkt. Niederhagen. 7 Uhr, bei Kuback, Hortlandshaus, Dalsch mit 5 Uhr Funktionärskongress.

Übermorgen, Sonntag, den 27. Juli:

11. Wkt. Treffpunkt zum Familienkongress am Sonntag, den 27. Juli, früh 8 Uhr, am Behnisch-Tiergarten, Simpson-Badstraße. Folgt nach Behnisch-Tiergarten, den dort Wanderung nach Behnisch-Tiergarten (Alter Freund), Behnisch-Tiergarten sollen sich auf der Wiese einstellen.

Urteilen Sie selbst!

**Kleine
Massary
2 M**

**CAID
Gold
3 M**

**Jetzt auch
die altberühmte**

Massary-Classe

→ RUND * DICK ←

in unveränderter Güte

**ROAL
extra dick
5 M**

**Delft
Gold
6 M**

Urteilen Sie selbst!

Jugendveranstaltungen.

Das Bonheim am Querssee sieht den Jugendgenossen und -genossinnen für den Ferienaufenthalt am 1. August zur Verfügung...

Diejenigen Jugendgenossen, die am Mitteldeutschen Jugendtag (2. bis 3. August) in Leipzig teilnehmen wollen, müssen sich bis heute (Freitag) unter weitestgehender Beachtung der Teilnehmergebühren von 2,- M. im Jugendsekretariat anmelden.

Sonntag, den 10. August:

Verfassungsfest im Großen Schauspielhaus. Karten (5.30 M.) sind im Sponsorensekretariat zu haben.

Abteilung, Abteilungsleiter! Es müssen von vielen Abteilungen noch die Arbeiter-Jugend und unter 'Jugend voran' für Juli abgeholt werden...

Heute, Freitag, den 25. Juli, abends 7 1/2 Uhr:

Beitrag, Johs. Chausseestr. 48, Vortrag: Die Grundlagen der sog. Weltanschauung... Sonntag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, Arbeiter-Jugend, Arbeiter-Jugend, Arbeiter-Jugend...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold'

Geschäftsstelle: Berlin C.2, Kaiser-Wilhelm-Straße 46 III. Kameradschaft Steglitz, Sonntag, den 26. Juli, abends 8 Uhr...

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Donnerstag, den 24. Juli:

- 1. Rennen. 1. Rabenritt (Wolf), 2. Javilla (Wlein), 3. Blad Well (Helmann)... 7. Rennen. 1. Sonnenblümchen (Lortz), 2. Seltan (D. Schmidt), 3. Tingi Tangi (Rangale)...

Arbeitersport.

Freie Schwimmer Charlottenburg, Sonntag, den 25. Juli, abends 7 1/2 Uhr, bei Robbe, Schloßstr. 46. Das Eröffnen aller Mitglieder ist Pflicht...

Allen Kameraden hierdurch besten Dank! - Ruberziege 'Nichte'. Neue Mitglieder werden wieder aufgenommen. Die Auflösung findet erst am 25. August statt...

34. Mittell 2 Jahre an gelblichem Ausschlag mit juckendem Ausschlag... Durch ein halbes Stüd Zucker's Patent-Medizin-Soße habe ich das Übel völlig beseitigt...

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne 8 Uhr: D. Kreuzschreiber... Staats-Theater Opernhaus am Königsplatz... Deutsch. Theater Sommerspielzeit...

LUNAPARK Freitag Große Bengalische Illumination des Parks und der Seeufer... Lebende Skulpturen

SIL Das prachtvollste Schneeweiß zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist. HANKELS beliebtes Bleich- und Waschmittel als Zusatz zur Seifenlauge...

Verkäufe Danerwäse, extrahiert, Reichensbergstraße 7. Kinderwagen, Koffertwagen, Damenwagen... Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Metropol-Th. S.U. D. Welschlager Mascottchen... Tribüne 8 Uhr: Doktor Steglitz... Residenz-Th. 8 Uhr: Alfr. Berle...

ZOOLOGISCHER GARTEN Täglich Gr. Konzert Aquarium Tierkunst-Ausstellung

Musikinstrumente Kontrapiano, Solopiano, Flügel gibt auch an Probe zu Probieren... Fahrräder Fahrrad-Boiler, Monteurwerkzeuge...

Berliner Landpacht-Genossenschaft e. V. Berlin C. 14, Dresdener Str. 118. Hierdurch laden wir die Genossen zu dem am 8. August 1924, abends 7 Uhr...

Bad Liebenwerda Anerkannt starkes Moor! Glänzende Heilerfolge bei Frauenleiden Rheumatismus, Gicht, Ischias, Nervenleiden...

Auf Teilzahlung 1/3 Anzahlung... Herrengarderoben Anzüge, Strohhüte, Sport (evtl. mit 2 Hosen), Krawatten u. Smoking...

Deutscher Metallarbeiter-Verband Montag, den 28. Juli, abends 7 Uhr, in den 'Germania-Sälen', Chausseestraße 110: Versammlung aller Funktionäre und Betriebsratsmitglieder...

Jahresschau Deutscher Arbeitertextil-Ausstellung Dresden 1924 Was trinken wir? Kühle Limonaden, selbstbereitet aus Reichels Limonaden-Sirup-Extrakt...

Kaufgesuche Fahrradkauf, Reparaturen, Monteurwerkzeuge... Kleiner Anzeigen in der Gesamtauflage des 'Vorwärts' sind besonders wirksam und trotzdem sehr billig!

Vorher

und

Danach!



Recht so, liebe Leute, wählt nur deutschnational, dann wird es besser werden —

für uns!

Sozialpolitik mit Skandal.

Der Reichstag hat gestern, Donnerstag, zunächst einen Antrag der Nationalsozialisten auf Einstellung eines gegen ihren Abg. Stetter eingeleiteten Strafverfahrens dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen.

Abg. Kay (Komm.) verlangt die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrags auf Aufhebung des Verbotes der „Niederländ. Arbeiterzeit.“ in Hannover. Er sagt, Oberpräsident Roske habe am Mittwoch nach der Rückkehr von seiner Reise unter frechem Bruch von Recht und Gesetz die Geschäftsräume dieser kommunistischen Zeitung geschlossen und die Zeitung verboten. Roske sei an Hoermanns Verbrechen mitschuldig usw. Ein Strösch und Berbrücker wie Roske, der sich in Hannover in allen Spelunken herumtreibe, dürfe unmöglich länger Oberpräsident bleiben und Seevering nicht länger Minister. (Lebh. Beifall b. d. Komm. Große Erregung b. d. anderen Parteien.)

Präsident Wallraf ruft den Abg. Kay wegen dieser Schimpfereien zur Ordnung und fragt, ob der sofortigen Beratung des kommunistischen Antrags widersprochen werde. Als Abg. Kay darauf schreibt, er möchte sehen, wer da zu widersprechen wage, erhebt Abg. Müller-Franken (Soz.) Widerspruch und verhindert damit die sofortige Beratung des Antrages. Die Kommunisten antworten mit stürmischen Ausrufen und Umbrängen die in ihrer Nachbarschaft sitzenden Sozialdemokraten, nehmen anderen Sozialdemokraten die Plätze weg, so Kay dem Abg. Dittmann; als Dittmann Kay wegschiebt, um seinen Platz frei zu bekommen, schreien die Kommunisten, sie seien geschlagen worden, so daß es bei Anschein hat, als sollte es zu tätlichen Auseinandersetzungen kommen. Der Rärm dauert minutenlang an. Präsident Wallraf ersucht die Kommunisten wiederholt vergeblich, die Plätze einzunehmen. Er droht die stärksten Geschäftsordnungsmittel an. Schließlich tritt Ruhe ein, und der Reichstag geht zur

Fortsetzung der sozialpolitischen Aussprache über.

Abg. Hiegler (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen des nationalsozialistischen Redners vom Mittwoch: Mit demagogischer Verleumdungsbildung ist keine gesunde Sozialpolitik zu machen. Wir müssen in der Sozialpolitik endlich aus dem Zustand der Verwirrung herauskommen. Wir bedauern sehr, daß die Regierung bei der Erwerbslosenfürsorge der Verdoppelung der Familienzuschläge nicht zugestimmt hat. Der Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung sollte schleunigst eingebracht werden, damit endlich die vielen Verordnungen aufhören, die von den verschiedenen Stellen verschieden ausgelegt werden. Wir bedauern es, daß die Invalidenrenten nicht mehr erhöht werden konnten.

Abg. Schwarzer (Bayer. Sp.) erklärt, angesichts des Notstandes der Wirtschaft sei es nicht möglich, wie in der Vorkriegszeit die an sich berechtigten sozialpolitischen Forderungen in vollem Umfang zu erfüllen. Im Ausschuss sei die richtige Linie der Mitte gefunden worden. Die Anträge der Kommunisten und Nationalsozialisten sind unbrauchbar und reichen stark nach Agitation.

Abg. Bortmann (Wirtsch. Bgg.) verlangt Vereinheitlichung der Sozialgesetzgebung. In der Unzahl der Gesetze und Verordnungen könne sich kein Mensch mehr auskennen, am wenigsten die Gewerbetreibenden und Handwerker.

Abg. Stod (Dtschsoz.) hält eine wirksame Sozialpolitik für unmöglich, solange das arbeitende deutsche Volk schmachtet unter dem Druck der Inflation, unter der Ausbeutung durch das jüdische Wucherkapital und unter der Drangsalierung durch den Feindbund.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In der Einzelberatung zur Invaliden- und Unfallversicherung wendet sich Abg. Hark (Dnall.) gegen die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten. Er stimmt den Ausschuh-Anträgen zu.

Abg. Karsten (Soz.) vergleicht den Abg. Stod mit einem Dorfzirkusdirektor. Er rede große Worte, vermehre aber dadurch die Not der zum Krüppel Geschlagenen ins Ungemessene. Der Redner beschwert sich darüber, daß die

Unfallverhütungsvorschriften gar nicht beachtet würden. Für die Not der Sozialrentner hätten alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten nur schöne Worte gehabt. Die notwendigen Summen seien aufzubringen, die Unternehmer hätten die Mittel dazu. Die Verdoppelung der Vermögenssteuer sei notwendig; man habe eben nur zu wählen zwischen der Schonung der großen Vermögen und der Hilfe für die Hungernden. Die Verantwortung für das Elend der Rentenempfänger

solle auf die nationalsozialistischen Kriegshäher. (Rärm rechts.)

Abg. Stetter (Komm.) bezeichnet die Ausschuh-Anträge als furchtbare Enttäuschung für die Sozialrentner, die von diesem Reichstag Hilfe in ihrer Not erwarteten.

Abg. Effer (Ztr.) tritt für die Ausschuh-Anträge ein. Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Einkommensteuer wird dem Steuerausschuss überwiesen.

Nach Ablehnung der übrigen Anträge werden die Ausschuh-Anträge zur Invaliden- und Unfallversicherung in zweiter Lesung angenommen. Die sofortige dritte Beratung wird durch den Einspruch der Kommunisten vereitelt. Gegen die Kommunisten kommt daraus aus der Mitte der Rufe: „Arbeiterfreunde!“

Einzelberatung der Kriegsbeschädigtenfragen

weist Abg. Budjahn (Dnall.) die Behauptung zurück, daß die unzureichende Versorgung der Kriegsbeschädigten durch die Sabotage der Kapitalisten verschuldet sei. Die deutsche Wirtschaft habe die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit bereits überschritten. In Rußland werde für die Kriegsoffer noch weit weniger gesorgt. (Widerspruch und Rärm b. d. Komm.)

Abg. Rohmann (Soz.): Von der ursprünglich weithin im Volke verbreiteten opferrühmigen Begeisterung für die Kriegsoffer sind heute fast nur noch Worte übrig geblieben. (Rärm rechts.) An die Stelle der Opferwilligkeit ist kalte, nüchterne Berechnung getreten; man hat

im Bürgertum Geld genug, um Prätorianergarden gegen die Republik auszurüsten,

aber für die drei Millionen Kriegsbeschädigten hat man nichts mehr übrig. Es ist den Kriegsoffizieren nicht verborgen geblieben, daß die rückläufige Bewegung in der Versorgung der Kriegsoffer zeitlich zusammenfällt mit dem Beginn der sozialen und politischen Reaktion. Der Redner polemisiert dagegen, daß die Regierung mit Hilfe der Personalabbauverordnung die Bestimmungen außer Kraft gesetzt hat, wonach wegen privaten Einkommens die Renten nicht gekürzt werden sollten und daß sie andere Verschlechterungen eingeführt hat. Die heutige Kaufrast der Renten bleibe hinter der beim Inkrafttreten des Reichsversorgungsgesetzes im Mai 1920 um mehr als 50 Proz. zurück. Der damalige Zustand muß wiederhergestellt werden. Der Redner warnt vor einer weiteren Klassifizierung der Renten, etwa durch stärkere Staffelung der Ausgleichszulagen. Er bedauert, daß der

Finanzminister mit einer Kabinettskrisis drohte, um die Deutsche Volkspartei zum Anfall zu bringen

in der Frage der Aufwertung der Währung für die nur 20 Proz. Beschädigten. Der Redner schließt mit einem Bekenntnis der Kriegsoffer zu den staatsbürgerlichen Freiheiten und zum Frieden. Nur zum Kampf gegen die Reaktion seien sie bereit, die Waffen zu ergreifen.

Inzwischen haben die Kommunisten ihren Einspruch gegen die dritte Beratung der Anträge zur Unfall- und Invalidenversicherung zurückgezogen. Ohne Debatte werden nunmehr die Ausschuh-Anträge dazu in dritter Beratung endgültig angenommen.

Die Einzelberatung der Kriegsbeschädigtenfragen wird dann fortgesetzt.

Die Abg. Dr. Bodius (Ztr.) und Thiel (D. Sp.) betonen, daß der Ausschuh der Finanzen des Reiches Rechnung tragen mußte. Mit weitergehenden Anträgen, die nur der Agitation dienen, sei den Kriegsbeschädigten nicht gedient.

Abg. Oberst a. D. Ahlemann (Ratsoz.) führt aus, für die Kriegsbeschädigten sei bisher überhaupt nichts Positives getan worden. Der Redner schließt dann unter allgemeiner Heiterkeit seine Auseinandersetzung mit den Kommunisten folgendermaßen: „Ra affa, wollen wir uns wieder vertragen!“ Zu Wärmigen kommt es, als er Ludendorff rühmt und die Sozialdemokraten und Kommunisten sich durch Zurufe und Lachen dagegen wenden. Die Nationalsozialisten bringen lebhaften Heil-Rufe auf Ludendorff aus, die Kommunisten antworten ironisch „Heull“ Erst nach längerer Zeit legt sich der Rärm, um sich zu wiederholen, als der Redner persönliche Angriffe gegen den Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) richtet, die jedoch auf der Tribüne unverständlich bleiben.

Abg. Dr. Heuß (Dem.) betont, die verwickelte Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge könne nur nach einer genauen Darstellung der Gesamtlage gelöst werden. In dieser Frage dürfe nicht um des

Parteiinteresses willen mit agitatorischen Mitteln gearbeitet werden. Der Redner tritt für die Ausschuh-Anträge ein, ebenso Abg. Colbl. (Bayer. Sp.)

Abg. Runze (Dtschsoz.) wirft den Sozialdemokraten vor, sie hätten es niemals ernst gemeint mit der Erfassung der Kriegs- und Inflationsgewinne! Sonst könnte die Sozialdemokratie nicht die gegenwärtige Regierung unterstützen. Die Erfassung dieser Gewinne würde die nötigen Mittel zur Hilfe für die Kriegsbeschädigtenfürsorge bringen. Wenn die Industrie aus ihren Inflationsgewinnen 5 Milliarden nach dem Sachverständigenratgutachten aus Ausland geben kann, dann muß aus diesen ungerechten Inflations- und Kriegsgewinnen auch das Geld für die viel dringenderen Aufgabe der Kriegsbeschädigtenfürsorge geschaffen sein.

Damit schließt die Einzelberatung. Während der persönlichen Bemerkungen kam es zu stürmischen Auftritten.

Abg. Rohmann (Soz.) stellt persönlich gegenüber den Kommunisten und Bötschen fest, daß durch seine Bemühungen statt 25 Millionen, wie zuerst beabsichtigt war, 87 Millionen für die Kriegsoffer herausgeholt worden seien. Den Bötschen erwidert er, daß für 48 000 Offiziere 180 Millionen Mark Pensionen ausgegeben würden. Nicht weniger als

16 Mitglieder der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion beziehen Pensionen von der Republik. Ludendorff allein 22 000 Goldmark im Jahr.

Diese Fraktion ist das reine parlamentarische Pensionat.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) fordert den bötschen Abg. Ahlemann auf, sofort seine Behauptung, er habe in Paris Landesparlament getrieben, zu spezifizieren und ferner seine Behauptungen außerhalb des Hauses so zu wiederholen, daß er gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden könne.

Abg. Ahlemann (Ratsoz.) zieht sich sofort feige zurück. Er erklärt, er habe von seinen Freunden gehört, daß Breitscheid zu Beginn des Ruhrkampfes einmal im Reichstag gesagt habe, die Sozialdemokraten vertreten nicht die Interessen Deutschlands, sondern der Welt.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) stellt fest, er habe damals unter stärkstem Protest gegen die Ruhrpolitik Poincarés erklärt, daß die Sozialdemokraten mit ihrem Kampf gegen den Ruhrbruch nicht nur Deutschlands Interessen, sondern die Interessen der Welt vertreten.

Abg. Ahlemann (Ratsoz.) erklärt nun, er werde jetzt feststellen, was Breitscheid damals gesagt habe.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) erwidert, damit sei erwiesen, daß Ahlemann die schwerste verleumderische Beleidigung gegen einen deutschen Abgeordneten ausgesprochen habe, ohne die geringsten Unterlagen zu haben.

Erst jetzt wolle sich Ahlemann bemühen, Beweise für seine Behauptungen zu beschaffen!

Die Sozialdemokraten nannten den Ahlemann wiederholt einen Feindling, einen Verleumder und einen Schuft. Auch in der Mitte des Hauses wurden stürmische Pfuiwörter gegen Ahlemann laut.

Gegen 9 Uhr wird beschlossen, die Abstimmungen auf heute, Freitag, zu vertagen, aber die Einzelberatung der Erwerbslosenfürsorge nach vorzunehmen.

Nachdem ein Redner gesprochen hatte, beantragt Abg. Effer (Ztr.) Vertagung der weiteren Debatte auf Freitag.

Kommunisten und Deutschnationalen protestieren dagegen, daß durch eine Ueberrumpelung die ursprüngliche Zufage der Erledigung der sozialpolitischen Debatte am Donnerstag gebrochen werden solle. (Sie können die politische Debatte nämlich nicht erwarten.)

Während der erregten Debatte, die sich im schwachbesetzten Saal abspielt, wird aus den Reihen des Zentrums Abbruch der Sitzung durch Anzeigung der Beschlusfähigkeit erreicht.

Vizepräsident Dittmann beraumt gegen 10 Uhr die nächste Sitzung auf heute, Freitag, 12 Uhr mittags, an. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen auch der Rotetät. (Politische Debatte.)

Wirtschaft

Erntekredite für die Landwirtschaft.

Da der Landwirtschaft die 870 Millionen Wechselkredite, die nach der Ernte fällig sind, zum größten Teil verlängert werden sollen, ist die Frage aufgetaucht, wer diese Wechselkredite verwalten soll, zumal es der Rentenbank nicht gestattet ist, nach ihrer Ablösung durch die Goldnotenbank neue Transaktionen vorzunehmen. Es lag bereits vor Wochen ein Entwurf über Umwandlung der Rentenbank in ein Agrarkreditinstitut vor, der aber zurückgezogen wurde. Ueber die neue Regelung erfahren wir von unterrichteter Seite, daß bereits eine Tochterbank geschaffen worden ist, der die Verwaltung der Wechselkredite der Landwirtschaft übertragen wird. Die Währungshypotheken der Landwirtschaft bleiben als Sicherheit für die Wechselkredite bestehen, und die neue Bank, die den Namen „Agrarbank“ erhält, soll die 870 Millionen Wechselkredite in drei Jahren abzahlen. Sie wird eine Geschäftstätigkeit entwickeln, in der sie als Bank der verschiedenen, meistens genossenschaftlichen Geldinstitute auftritt. Die Kredit an die Landwirtschaft vermitteln. Die Existenz dieser Bank ist auch bereits im Sachverständigenrat vorgegeben.

Biel erörtert werden in letzter Zeit auch die neuen Wechselkredite der Seehandlung an die Landwirtschaft. Dieser neue Kredit, der auf Kosten der Reichsbank geht, soll bestimmungsgemäß den kleinen Landwirten zugute kommen. Da die Kredite aber auch über die großen Banken laufen, befürchtet man in weiten Kreisen, daß die Kleinen auch diesmal wieder zu kurz kommen werden.

Am Anfluß an die Meinung über den neuen Wechselkredit wird amtlich mitgeteilt:

Auf Grund von Verhandlungen, die das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit der Reichsbank und der Preussischen Staatsbank geführt hat, sind der Landwirtschaft für die Vergütung der Ernte-Kredite bereitgestellt worden. Die hierfür verfügbar gemachten Geldbeträge werden an die Preussische Zentral-Genossenschaftskasse, die Deutsche Girozentrale, die Zentral-Landbank und die Zentrale der Landesbanken bzw. die Staatsbanken der Länder weitergeleitet. In Übereinstimmung mit den Wünschen der Landesregierungen werden die genannten Organisationen für die Weiterleitung des Kredites Richtlinien erhalten, damit bei der Inanspruchnahme und Bewilligung des Kredites eine entsprechende Berücksichtigung der Landwirtschaft der einzelnen Länder gesichert ist.

Da es sich bei der eingeleiteten Kreditation um eine Maßnahme zur Behebung eines besonderen Notstandes handelt, ist den den Kredit weiterleitenden Kreditinstituten zur Bedingung gemacht worden, daß der Zinssatz, den der letzte Kreditnehmer zu zahlen hat, grundsätzlich 13 Proz. sein soll.

Die Gewährung von Krediten für die Vergütung der Ernte erfolgt im Rahmen der verfügbaren Mittel für die Landwirtschaft, welche Genossenschaften angegliedert sind, durch diese Organisationen, für diejenigen Landwirte, welche mit diesen Organisationen nicht in Geschäftsverkehr stehen, durch die öffentlichen Sparkassen, die landwirtschaftlichen Banken und diejenigen öffentlich rechtlichen Kreditanstalten (Landesbanken, Staatsbanken), welche von den Landesregierungen bezeichnet sind. Kreditanträge an Zentralstellen wie an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, an das Preussische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, an die Preussische Staatsbank und die Preussische Zentral-Genossenschaftskasse sind zwecklos und können nicht befriedigt werden.

Förderung von landwirtschaftlichen Siedlungsbauten.

Eine Bekanntmachung des preussischen Landwirtschaftsministers und des Ministers für Volkswohlfahrt regelt die Verwendung der Hauszinssteuer, soweit sie Neubauten auf dem Lande zugute kommen soll, folgendermaßen:

Die für die landwirtschaftliche Neubautätigkeit besonders zurückgestellten öffentlichen Mittel sind bestimmt zur Gewährung von Hypotheken (Hauszinssteuer-Hypotheken) auf landwirtschaftliche Neusiedlungen, die im Jahre 1924 von provinziellen Siedlungsgesellschaften oder unter Mitwirkung der Landeskulturbehörden zur Schaffung von Flüchtlingen errichtet werden. Diese Hypotheken sind nur für solche Neusiedlungen zu bewilligen, die ganz oder hauptsächlich ohne fremde Arbeitskräfte bewirtschaftet werden können; es handelt sich also hauptsächlich um Stellen mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 1/2 bis 1 1/2 Hektar. Für Landarbeiterwohnungen, zu deren Förderung anderweitig Mittel zur Verfügung stehen, werden Hauszinssteuer-Hypotheken nicht gewährt, ebenso nicht für Behelfs- und Notwohnungen sowie Werkwohnungen.

Die Höhe der Hauszinssteuer-Hypothek soll 3000 Goldmark je Wohnung nicht übersteigen, in besonderen Fällen kann sie jedoch bis auf 5000 Goldmark erhöht werden. Die Siedlungsunternehmen haben aus dem ihnen zum Zweck der Förderung der Neubautätigkeit zur Verfügung gestellten Beträge wenigstens soviel Wohnungen zu finanzieren, als bei Zugrundelegung eines Durchschnittsbetrages von 4000 Goldmark je Hypothek erreichbar ist.

Die Eintragung der Hypothek in das Grundbuch hat zugunsten des preussischen Staates auf Goldbasis nach den jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu erfolgen. Die Hauszinssteuer-Hypothek ist mit 3 Proz. zu verzinsen und mit 1 Proz. jährlich — unter Zuzugabe der ersparten Zinsen — zu tilgen. Von der Tilgung kann für die ersten zwei Jahre abgesehen werden.

Anträge auf Gewährung von Hauszinssteuer-Hypotheken sind an den Landeskulturamtspräsidenten zu richten.

Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 22. Juli berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt gegenüber dem Stande vom 15. Juli (117,3) einen Rückgang auf 114,5 oder um 2,4 Proz., der vor allem durch die Senkung der Getreide- und Kohlen- (Braunkohlen-)preise herbeigeführt wird. Von den Hauptgruppen fallen die Lebensmittel von 104,7 auf 102,0 oder um 2,6 Proz., davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 94,2 auf 90,1 oder um 4,4 Proz., die Industriestoffe von 140,8 auf 137,8 oder um 2,1 Proz. Davon die Gruppe Kohle und Eisen allein um 3,4 Proz. Die Inlandwaren gaben von 109,1 auf 105,0 oder um 3,8 Proz. und die Einfuhrwaren von 158,1 auf 157,1 oder um 0,6 Proz. nach.

Zahlungsunfähig durch Beschlagnahmen von Besatzungsbehörden. Die seit mehr als 50 Jahren bestehende, im Eisenhandel eine führende Stellung einnehmende Firma L. Weil u. Reinhardt in Mannheim ist infolge der seit über Jahresfrist andauernden Beschlagnahme ihrer Lager durch die Franzosen in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Da der Status im übrigen klar ist, hat die Firma Stellung unter Geschäftsaufsicht beantragt.

Kanadas Einfuhr nach Deutschland. Kanada führte im Haushaltsjahr 1924 nach Deutschland Waren im Werte von 16 154 000 Dollar aus. Dies bedeutet eine Zunahme von 60 Proz. gegenüber den Exporten von 1923 und 200 Proz. gegenüber denjenigen von 1922. Der Wert der Einfuhr wird auf 5 380 000 gegenüber 2 568 000 im Vorjahre beziffert.

Eine genossenschaftlich betriebene Saline besitzt die Großeinlaufsgesellschaft französischer Konsumvereine. Sie liegt in Cuvilly-Raize (Neurhe-et-Roselle), 6 Kilometer nördlich von Lunenille. Es befinden sich dort zwei Salzwerke, in denen das Salz durch sogenannte Sinkwerke gewonnen wird, d. h. es

werden Rohre in die Erde bis auf die Salzschicht, 150 Meter tief, in diese Süßwasser eingeleitet, das das Salz auflöst, und als Sole wieder herausgepumpt. Die Sole, die auf ein Liter Wasser 300 Gramm Salz enthält, wird auf große Pfannen geleitet, wo das Wasser verdunstet wird. Um grobes Salz zu gewinnen, wird das Wasser auf 80 Grad erhitzt; das Salz bleibt je nach der Größe der Körner 9 bis 96 Stunden in den Pfannen, bis es gezogen wird. Beim Sieden sondern sich die unreinen Bestandteile als Schaum ab, während sich die schwer löslichen, namentlich Gips, an den Wänden der Pfanne absetzen und den sogenannten Pfannen- oder Hungerstein bilden. Um reines Salz zu gewinnen, wird die Sole in besonderen Apparaten auf 150 Grad erhitzt und das Salz fortwährend gezogen. Alles Salz, das nicht blendend weiß ist, also nicht zur Nahrung verwandt werden kann, wird zu industriellen Zwecken verarbeitet. Es werden fremde Bestandteile beigemischt: für die Gerbereien Naphthalin, für die Brauereien Teer, für Kühlmaschinen Eisenoxyd usw. Die Saline Cuvilly erzeugt täglich durchschnittlich 500 Zentner Salz, das in großen hölzernen Kammern bis zum Versand gelagert wird. Heute werden die Genossenschaften von Nord- und Nordostfrankreich und Belgien mit Cuvillyer Salz versorgt. Jede Genossenschaft hat nach dem Salzumsatz Geschäftsanteile zu zeichnen, die mit 4 Proz. verzinst werden, und erhält, bei Vollerziehung der Anteile, je Sach Salz eine Rückvergütung von 1 Franc.

Erfolg der englischen Reparationsabgabe an deutsche Exporteure. Für die Reparationsabgabe, die von der englischen Regierung in Höhe von 5 Proz. des Warenwertes auf Waren erhoben wird, die seit dem 26. Februar 1924 in England eingeführt worden sind, wird den deutschen Exporteuren nunmehr ebenfalls eine Entschädigung durch E-Schahenweisungen erwährt, wie sie bisher als Entschädigung für die 20prozentige englische Reparationsabgabe ausgeben worden sind. Das Reichsoberkommissariat für Reparationslieferungen, Abteilung Friedensvertrag, Abrechnungsstelle, wird bemüht sein, die E-Schahenweisungen für die bisher nur gut geschriebenen Entschädigungsbeiträge mit möglichst Beschleunigung auszugeben. Bei der großen Anzahl der Empfangsberechtigten wird die Zustellung, jedoch einige Zeit beantragt.

Polen legt seine Ausfuhrabgaben für Holz herab. Nach einem im Handelsministerium ausgearbeiteten Entwurf sollen die Ausfuhrabgaben auf Laubholz in Polen ermäßigt werden. Bei 5 Schilling pro Kubikmeter wird die Abgabe auf 3,5 Schilling herabgesetzt werden. Diese Maßnahme wird mit Exportschwierigkeiten und mangelnder Nachfrage nach Hartholz seitens polnischer Sägemüllern begründet.

Niedrige Preissteigerungen an der Chicagoer Börse. An der Chicagoer Weizenbörse sind im Laufe der letzten Woche, wie eine Meldung aus New York besagt, rund sechs Millionen Pfund bei der Preistreiberie des Weizens gewonnen worden. Die Summe der Preisermehrung des Getreides wird auf 200 000 Pfund geschätzt. Die gesamte Getreideausfuhr aus den Vereinigten Staaten und Kanada in der letzten Woche betrug 2,1 Millionen Bushels, gegenüber drei Millionen in der vergangenen.

Wetter für Berlin und Umgebung: Viel zu heiß aber noch veränderlich. Keine oder unregelmäßige Niederschläge. Am Tage etwas wärmer als gestern. Nachmittags wieder kühl. Hiemlich lebhafter mehlige bis nordwestliche Winde. — Für Deutschland: Schwärz fortwährende Besserung des Wetters.



HEVITAN Vitamin-Nährpräparat nach Prof. Dr. Reyher

Bewährt bei nervösen Störungen, Appetit- und Körpergewicht nehmen zu — Wachstumsstörungen bei Kindern und Säuglingen, bewährt bei Ernährungsstörungen derselben in Apotheken und Drogerien, sonst direkt von der Sarotti-Akt.-Ges., Berlin-Tempelhof.

Große Preisherabsetzung

Nur

6 Ausnahmetage für Herren-Konfektion

Herren-Anzüge S. I, 3 teilig, in guten Stoffen, hervorragende Verarbeitung . . . **19.50**

Herren-Anzüge S. II, in sehr guten, modernen Stoffen, gute solide Verarbeitung . . . **25.-**

Herren-Anzüge S. III, Gesellenarbeit aus besonders guten Stoffqualitäten . . . **29.50**

Herren-Sommer-Mäntel S. I, moderne Fassons . . . **17.75**

Herren-Sommer-Mäntel S. II, aus ganz besonders guten Wollstoffen, moderne Farben, gute solide Verarbeitung . . . **22.25**

Herren-Sommer-Mäntel S. III, Gesellenarbeit aus extra auserlesene Dessins . . . **26.75**

Damen - Blusen, Baumwollmousseline . . . **0.95**
Oberhemd - Blusen, Zephir, moderne Streifen . . . **2.35**
Perkal . . . **3.10**

Weiße Oberhemd-Blusen hübsche Machart . . . **2.25**
Schwarze Saffin-Blusen prima Qualität . . . **3.90**

Kleider-Vertrieb G.m.b.H.

Kommandantenstraße 80-81
2. Verkaufsstelle: **Ostern, Warschauer Str. 33.** 3. Verkaufsstelle: **Lichtenberg, Frankfurter Allee 82.** 4. Verkaufsstelle: **Neukölln, Berliner Str. 47-48,** Eingang Boddinstraße. 5. Verkaufsstelle: **Nordern, Müllerstr. 181**